

# PROTOKOLL

über die 3., ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr, am Dienstag,  
den 19. Dezember 1961, im Rathaus, I. Stock rückwärts, Gemeinderatsitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 17,00 Uhr

## Öffentliche Sitzung

### Anwesend:

#### VORSITZENDER:

Bürgermeister Josef Fellingner

#### BÜRGERMEISTER-STELLVERTR.:

Direktor Hans Schanovsky  
Josef Hochmayr

#### STADTRÄTE:

Alfred Baumann  
Alois Besendorfer  
Franz Enge  
Alois Huemer  
Ludwig Kubanek  
Leopold Petermayr  
Prof. Stefan Radinger  
Emil Schachinger  
Friedrich Stahlschmidt

#### GEMEINDERÄTE:

Johann Ebmer  
Karl Feuerhuber  
Franz Frühauf  
Karl Gherbetz  
Johann Heigl  
Anton Hochgatterer

Franz Hofer

Johann Holzinger  
Walter Kienesberger

Konrad Kinzelhofer

Johann Knogler

Friedrich Kohout

Otilie Liebl

August Moser

Stefanie Pammer

Johann Radmoser

Ing. Johann Schinko

Franz Schmidberger

Susanne Tschebaus

Kommerzialrat Ludwig Wabitsch

Alfred Watzenböck

Johann Zöchling

#### VOM AMTE:

Magistratsdirektor Dr. Karl  
Enzelmüller  
Oberamtsrat Ferdinand Mayrhofer

#### PROTOKOLLFÜHRER:

VOK Alfred Eckl

VB Ilse Schausberger

# TAGESORDNUNG

## BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HANS SCHA-NOVSKY:

- 1) Präs-282/1961 Angleichung der Bezüge der Gemeindebediensteten an die für den Bereich des Bundes getroffene Regelung.
- 2) Ha-4754/1960 Genehmigung des Nachtragsvoranschlages 1961.
- 3) Ha-5041/1961 Genehmigung des Voranschlages 1962.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich begrüße Sie zur heutigen, in diesem Jahr letzten Gemeinderatsitzung. Die Beschlußfähigkeit der Sitzung ist eindeutig festgestellt.

Entschuldigt sind die Herren Gemeinderäte Fürst und Wippersberger.

Als Protokollprüfer werden vorgeschlagen, Frau Gemeinderat Liebl und Frau Gemeinderat Tschebaus. Lassen wir einmal die beiden Frauen ihres schweren Amtes walten.

Zum Tagesordnungspunkt selbst, bitte ich Sie, Herrn Vizebürgermeister Schanovsky Ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HANS SCHANOVSKY:

Sehr geehrter Gemeinderat!

Wir haben im ersten Tagesordnungspunkt die Bezüge der Magistratsbediensteten an die für den Bereich des Bundes getroffene Regelung anzugleichen. Der Antrag, der bereits in der Personalkommission und im Stadtrat behandelt wurde, wird Ihnen hiermit vorgelegt.

Sie wollen beschließen:

- 1) Präs-282/1961  
Angleichung der Bezüge der Gemeindebediensteten an die für den Bereich des Bundes getroffene Re-

gelung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

I) Bis zur entsprechenden landesgesetzlichen Regelung wird bestimmt:

Auf die Bezüge der Beamten im Schema II und Schema I L (I L 1 - 3) finden ab 1. 1. 1962 die entsprechenden Bestimmungen der 5. Gehaltsgesetznovelle, BGBl. Nr. 164/61, Anwendung.

II) Punkt I, 2. Satz, findet auf die Bediensteten im Schema IV sinngemäß mit der Maßgabe Anwendung, daß sich deren Bezüge um den Sozialversicherungsausgleich nachgenannten Ausmaßes erhöhen:

Sozialversicherungsausgleich:  
bis S 3 000, -- 3,5 %,  
ab S 3 001, -- - S 4 800, -- S 80, -- u.  
ab S 4 801, -- S 40, --.

III) Ebenfalls mit Wirkung vom 1. 1. 1962 werden die Bezüge der nach dem Schema I L und II L (I L 1 - 1 3) entlohnten Vertragsbediensteten nach den entsprechenden Ansätzen der 3. Vertragsbedienstetengesetznovelle, LGBl. Nr. 165/61, bezahlt.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünschen Sie zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort? Herr Kolle-

ge Hochmayr bitte!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER JOSEF HOCHMAYR:

Darf ich in diesem Zusammenhang eine Anfrage richten? Beim Bund ist auch eine Regelung hinsichtlich der begünstigten Abfertigung für weibliche Bedienstete nach Verhehlung bzw. nach der Geburt eines Kindes ergangen. Ich möchte anfragen, ob auf Landesebene für die Gemeinden dieser Bundesbestimmung schon Rechnung getragen wurde.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HANS SCHANOVSKY:

Darf ich dazu antworten? Es wurde noch kein Landesgesetz diesbezüglich erlassen. Ich habe eingangs ausgeführt, daß bis zur entsprechenden landesgesetzlichen Regelung diese Bezugsregelung für unsere Bediensteten stattfinden soll. Es ist daher die landesgesetzliche Regelung bzw. das entsprechende Landesgesetz abzuwarten.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Es liegt keine Wortmeldung mehr vor und ich darf somit annehmen, daß Sie mit dem Antrage einverstanden sind. Es erhebt sich keine Gegenstimme. Ich danke. Der Antrag ist somit angenommen.

Bitte Herr Kollege Schanovsky zum 2. Punkt!

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HANS SCHANOVSKY:

Der zweite Punkt der Tagesordnung sieht vor, den Nachtragsvoranschlag für 1961 zu beraten und zu beschließen.

Der Voranschlag für das Jahr

1961 hat bei seiner Durchführung wesentliche Änderungen erfahren. Sie ergeben sich aus den Beschlüssen des Stadt- und Gemeinderates womit im Laufe des Jahres über- und außerplanmäßige Ausgaben bewilligt wurden, aus dem tatsächlichen Aufkommen der Steuern, Abgaben, Abgabenertragsanteile und Gebühren sowie aus Verschiebungen bei Erträgen und Aufwendungen zufolge gesetzlicher oder vertraglicher Bestimmungen. Weiters war zu berücksichtigen, daß veranschlagte Vorhaben aus triftigen Gründen nicht durchgeführt bzw. veranschlagte Kredite nicht freigegeben wurden. Schließlich sind die Mehrausgaben in vielen Fällen durch erhöhte Preise und Löhne bedingt.

Im beiliegenden Nachtragsvoranschlag sind diese Änderungen, soweit sie bis zum Ende des Rechnungsjahres festzustellen oder abzuschätzen sind, festgehalten und ergeben die im angefügten Antragsentwurf ersichtlichen Einnahmen- und Ausgabensummen des ordentlichen und außerordentlichen Haushaltes.

Während der Voranschlag ursprünglich in der ordentlichen Gebarung ausgeglichen, in der außerordentlichen Gebarung jedoch mit einem Abgang von S 10 008 200, -- geschlossen hat, bringt der Nachtragsvoranschlag den gesamten Haushalt zum Ausgleich.

Dieses befriedigende Ergebnis wurde erreicht, obwohl im außerordentlichen Haushalt das veranschlagte Darlehen der Bank für Oberösterreich und Salzburg von 5 Mill. nicht beansprucht und die Entnahme aus den Rücklagen von 4 Mill. auf rund 2,6 Mill. gekürzt wurde.

In erster Linie war das möglich, weil die eigenen Steuern um rund 5,2 Mill. und die Abgabenertragsanteile um rund 2,7 Mill. mehr erbringen werden, als seinerzeit veranschlagt. Darin drückt sich die ausgeglichene Wirtschaftsentwick-

lung des Jahres 1961 aus.

Allerdings wird der außerordentliche Haushalt nur Ausgaben von 25,6 Mill. umfassen und damit um 8,7 Mill. hinter dem seinerzeit präliminierten Umfang zurückbleiben. Eine Forcierung der Bautätigkeit findet immer mehr in der personellen und betrieblichen Kapazität ihre Grenzen.

Der Nachtragsvoranschlag 1961 gibt die Gewähr, daß für die Folgezeit keine Belastung in Form eines Abganges verbleibt und die Rücklagen keine Minderung erfahren. Es ist zu erwarten, daß der Rücklagenbestand von rund 10 Mill. am Jahresbeginn durch Zuführungen aus Darlehensrückzahlungen und Liegenschaftsverkäufen am Jahresende etwa 12 Mill. betragen wird.

Der Finanz- und Rechtsausschuß, der sich damit befaßt hat, legt Ihnen folgenden Antrag vor:

2) Ha-4754/1960

Genehmigung des Nachtragsvoranschlages 1961. (Beilage A)

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr in der Sitzung vom 16. 12. 1960, Ha-4754/1960, womit der Voranschlag 1961 genehmigt wurde, wird im Sinne des anliegenden Nachtragsvoranschlages für das Jahr 1961 im Abschnitt I wie folgt abgeändert:

1. Der ordentliche Haushalt

- a) die Gesamteinnahmen  
von S 68 150 800, --  
auf S 80 518 100, --  
die Gesamtausgaben  
von S 68 150 800, --  
auf S 80 518 100, --  
Überschuß/Abgang =====+==
- b) die Reineinnahmen  
von S 62 395 000, --  
auf S 74 898 300, --  
die Reinausgaben  
von S 62 395 000, --  
auf S 74 898 300, --  
Überschuß/Abgang =====+==

2. Der außerordentliche Haushalt:

die Gesamteinnahmen  
von S 24 299 800, --  
auf S 25 615 200, --  
die Gesamtausgaben  
von S 34 308 000, --  
auf S 25 615 200, --  
Überschuß/Abgang =====+==

Die übrigen Bestimmungen des Gemeinderatsbeschlusses vom 16. 12. 1960 betreffend den Voranschlag 1961 bleiben unverändert.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünschen Sie zu diesem Antrag das Wort? Es ist dies nicht der Fall und ich darf somit die Zustimmung zu diesem Antrag feststellen.

Bitte Herr Kollege Schanovsky zum nächsten Tagesordnungspunkt. Es ist dies die Genehmigung des Voranschlages.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HANS SCHANOVSKY:

Sehr geehrter Gemeinderat!

Wieder ist einmal die große Stunde dieses Jahres gekommen, in der Sie über den Voranschlag für das kommende Jahr beraten und beschließen sollen. Es fällt mir auch in dieser neu beginnenden Funktionsperiode die ehrende Aufgabe zu, Ihnen über den Voranschlag für das Jahr 1962 zu berichten.

Der Ihnen vorliegende Voranschlag, welcher in einigen Sitzungen mit den beteiligten Dienststellen ausgearbeitet wurde, entspricht in formaler Hinsicht den Richtlinien des Finanzministeriums.

Das Budgetvolumen beträgt für das kommende Jahr wieder etwas über 100 Millionen Schilling und ist daher annähernd gleich dem der Jahre

1960 und 1961.

Bei Erstellung des Voranschla-  
ges war wie in den Vorjahren darauf  
Bedacht zu nehmen, mit den voraus-  
sichtlichen Einnahmen auszukommen,  
damit sich die finanzielle Lage der  
Stadt nicht wesentlich verändert. Mit  
diesem bisher positiven Ergebnis kön-  
nen wir in das neue Jahr eintreten. So  
können wir auch im kommenden Jahr  
aus den allgemeinen Deckungsmitteln  
einen Betrag in Höhe von 13,1 Millionen  
Schilling zu Investitionszwecken im  
außerordentlichen Haushalt verwenden.  
Ein Umstand, der es erlaubt, hoffent-  
lich noch ohne Schulden zu machen,  
auszukommen, wenn wir dabei immer  
bedacht sind, unsere öffentlichen Ein-  
richtungen durch kostendeckende Ta-  
rife zu erhalten, damit nicht Steuer-  
gelder dafür aufgewendet werden müs-  
sen, die für Belange noch vieler Er-  
fordernisse auf dem Gebiete des Kom-  
munalwesens nötig sind.

So sind dem Wohnungsbau 8,5  
Mill. zgedacht, dem Straßenbau 4,3  
Mill., dem Brückenbau 3,5 Mill. und  
für das Wasserwerk 3,1 Mill.; Lei-  
stungen die wir sicherlich auch verant-  
worten können.

(Bürgermeister-Stellvertreter Scha-  
novsky trägt den Vorbericht aus dem  
Voranschlag 1962 - Beilage B, Seite  
I bis Seite VII vor).

Im Rahmen dieses Voranschla-  
ges mußten leider viele beachtliche  
Wünsche, denen eine Notwendigkeit,  
vielleicht sogar Dringlichkeit zuge-  
sprochen werden muß, unberück-  
sichtigt bleiben. Diesen zurückge-  
stellten Vorhaben wird in den näch-  
sten Jahren ein Vorrang eingeräumt  
werden müssen. Vieles wäre auf kom-  
munalem, kulturellem und sozialem  
Gebiet noch zu erfüllen, aber es kann  
nicht alles auf einmal geschehen und  
so mußten daher eine Reihe von Auf-  
gaben auf spätere Zeit zurückgestellt  
werden.

So wie in den vergangenen Jah-  
ren, ist die große Wohnungsnot unse-

re Hauptsorge. Wir müssen die uns  
dadurch gestellten Aufgaben mit al-  
len Kräften, wenn auch nur schritt-  
weise, einer befriedigenden Lösung  
zuführen. Unsere bisherige Finanz-  
politik hat weder bei der Mehrheit  
unserer Bevölkerung noch bei der  
Rechnungshofkontrolle zur Bean-  
standung geführt. Die Stadtverwal-  
tung ist bestrebt, zu jeder Zeit auf  
eine sparsame und wirtschaftliche  
Geschäftsführung zu achten, in der  
Erwartung, daß der Gemeinderat  
diese Bemühungen unterstützen wird.

Allen Mitarbeitern an diesem  
Voranschlag sei noch gedankt. Das  
Kontrollamt wird gebeten, über eine  
rentable Wirtschaftlichkeit und ord-  
nungsgemäße Abwicklung der Geba-  
rung zu wachen.

Zusammenfassend ist festzu-  
stellen, daß trotz neu erfolgter Be-  
lastungen eine geordnete Haushalts-  
führung gewährleistet und keine Ver-  
mögensschmälerung zu erwarten ist.  
Es können vielmehr die verschiede-  
nen öffentlichen Einrichtungen wieder  
weiter ausgebaut und modernisiert  
werden.

In diesem Sinne stellt Ihnen der  
Finanz- und Rechtsausschuß folgen-  
den Antrag:

3) Ha-5041/1961

Genehmigung des Voranschla-  
ges 1962.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Voranschlag für das Rech-  
nungsjahr 1962 wird im ordentlichen  
Haushalt in den Einnahmen und Aus-  
gaben ausgeglichen mit je

S 74 909 700,--,

der außerordentliche

Haushalt in den Ein-

nahmen mit

S 22 004 300,--

in den Ausgaben mit S 26 778 000,--

folglich mit einem

Abgang von

S 4 773 700,--

festgestellt, im einzelnen mit den Be-  
trägen, die in den vorliegenden Ein-  
zelvoranschlägen ausgewiesen sind.

Der außerordentliche Haushalt ist nur in dem Maße durchzuführen, als eine Bedeckung gegeben ist bzw. durch Einsparungen oder Mehreinnahmen gefunden wird.

Als gegenseitig deckungsfähig werden die mit den Sammelnachweisen zu verrechnenden Ausgaben erklärt, ferner die Ausgaben des Städt. Wirtschaftshofes in dessen unbeschränkter Anordnungsbefugnis, in gleicher Weise die Ausgaben des Altersheimes und schließlich die Ausgaben für Berufsschulen.

Für die Ausführung des Voranschlages gelten die Bestimmungen der Dienstvorschrift Zl. 5209/48 in der anliegenden Fassung.

Weiters werden genehmigt: Der Wirtschaftsplan der Städt. Unternehmungen, im Erfolgsplan in den Aufwendungen und Erträgen ausgeglichen mit je S 8 214 800,-- und im Finanzplan in den Erfordernissen und der Bedeckung ausgeglichen mit je S 5 657 000,--; der Voranschlag der Krahenfürsorgeanstalt der Stadt Steyr in den Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen mit je S 473 000,--; die Voranschläge der Stiftungen und der Dienstpostenplan.

Die ausschließlichen Gemeindeabgaben werden im gleichen Ausmaß wie im Jahre 1961 erhoben. Die Hebesätze betragen:

Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe	400 v. H.
Grundsteuer B für andere Grundstücke bei Berücksichtigung des Mindestbetrages der Steuer gem. § 31 G. St. G.	420 v. H.
Gewerbsteuer nach dem Gewerbeertrag und Gewerbekapital	180 v. H.
Lohnsummensteuer (2 % der Lohnsumme)	1000 v. H.

Sehr geschätzter Gemeinderat!

Ich bitte Sie, die bisher so ge-

deihliche Mitarbeit und Zusammenarbeit auch in Zukunft zum Wohle unserer schönen Stadt und deren Bevölkerung zu leisten und dem beantragten Voranschlag für 1962 die Genehmigung zu erteilen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünschen Sie zu diesem Antrag das Wort?

Ich bitte um Ihre Wortmeldung!  
Herr Gemeinderat Schmidberger bitte!

GEMEINDERAT FRANZ SCHMIDBERGER:

Sehr geehrter Gemeinderat!

Zum Jahresende, wenn das Budget zur Beratung steht, ist es üblich, daß die einzelnen Parteien ihre Wünsche, Wünsche der Bevölkerung, zur Sprache bringen, die jahrelang oft nicht gehört wurden und bei jeder Budgetberatung ist die Hoffnung vorhanden, daß es vielleicht dieses Mal möglich ist, sie im Budget unterzubringen.

Ich möchte nun einige dieser Wünsche, die verschiedene Teile der Bevölkerung unserer Stadt haben, hier zum Ausdruck bringen.

Wir haben einen Stadtteil, der etwas entfernt vom Zentrum der Stadt liegt. Es ist dies Klein aber Mein. Die Bewohner dieses Stadtteiles wünschen schon seit langem, daß wenigstens ein- bis zweimal in der Woche ein Autobus von Klein aber Mein über die Ennsleite zur Stadt geführt wird. Das ist natürlich eine Frage, die von Fachleuten, möchte ich sagen, behandelt werden sollte, weil ja der Wunsch alleine oft nicht die Durchbringung im vorhinein schon bestimmt. Ich glaube daher, daß man sich mit dieser Frage, mit diesem Wunsch der Bevölkerung beschäftigen sollte.

Desweiteren bemerkt man, wenn der Autobus aus Münchenholz bei der Haltestelle Johannesgasse hält, daß

der ganze Strom der dort Aussteigenden sich zum Stadtplatz bewegt. Wäre es nicht möglich, den Omnibus bis zum Stadtplatz weiterzuführen, damit die Leute tatsächlich zum gewünschten Ziel kommen. Bitte, es kann sich jeder davon überzeugen, daß der Menschenstrom sich ausnahmslos Richtung Stadt bewegt.

Ein weiterer Wunsch der Bevölkerung von "Klein aber Mein" wäre der, daß man auch dort, so wie in anderen Gebieten von Steyr einen Telefonautomaten aufstellt. Es ist gerade in dieser Siedlung sehr schwer, nachts einen Arzt zu erreichen oder wenn jemand in Not ist, irgendwen zu verständigen. Die Telefonapparate, die dort oben vorhanden sind, so reichlich sind sie ja nicht gesät, sind nachts meistens nicht zu erreichen. Deswegen der Wunsch des Bevölkerungsteiles von Klein aber Mein, daß man sie nicht vergißt und auch dort einen Telefonautomaten aufstellt.

Das sind durchwegs Wünsche, die nicht besonders viel kosten, womit ich sagen möchte, daß das Budget nicht besonders belastet würde.

Wenn man die Ennsleite abgeht, so findet man auch dort einige Dinge, die zu denken geben und die sich vielleicht lösen lassen würden. Auf der Ennsleite gibt es zwar einen Arzt, aber keine Apotheke. Die Apotheken sind alle im Stadtzentrum. Ich glaube, es wäre auch da möglich, Abhilfe zu schaffen, daß man durch Umsiedlung einer Apotheke in diesen großen Teil unserer Stadt versucht, der Bevölkerung dort etwas Bequemlichkeit zu bieten, daß sie, wenn sie vom Arzt etwas verordnet bekommen, nicht unbedingt - besonders erschwerend ist es im Winter - die Medikamente von der Stadt holen müssen.

Die Volkshochschule unternimmt während des ganzen Jahres eine Reihe von Fahrten zu verschiedenen Kulturstätten. Bitte, wir haben nichts dagegen einzuwenden, daß man in der nä-

heren und weiteren Umgebung diese Kulturstätten besucht. Es fällt aber dabei auf, daß gerade Kulturstätten und Gedenkstätten nicht auf dem Programm stehen, bei denen es unbedingt, besonders in der jetzigen Zeit notwendig wäre, daß sie besucht würden. Wenn wir uns diese verschiedenen Kulturstätten ansehen, dann müssen wir auch bedenken, daß es eine Zeit gegeben hat, in der man die Kultur restlos, wo es nur ging, vernichtet hat. Wir haben in der Nähe von Steyr eine Gedenkstätte, das ist Mauthausen. Gerade für die Jugend wäre es gut, wenn man Fahrten zu dieser Gedenkstätte unternehmen würde, damit die Jugend kennen lernt, welche Menschen es waren, die seinerzeit unsere wunderschöne Kultur zerstört und mit Füßen getreten haben.

Eine Frage, die in der letzten Zeit diskutiert wurde, ist folgende:

Vor kurzer Zeit haben gewisse Teile der Bevölkerung sich gefreut, als am Ennskai ein Autoparkplatz errichtet wurde. Beim letzten Hochwasser wurde die wunderschöne Decke, die für die Autos geschaffen wurde, zerstört. Nun spricht man, daß vor einer Asphaltierung dieses Ufers gewarnt wurde, da angeblich - bitte, das entzieht sich meiner Kenntnis - ein Sachverständiger gesagt hätte, daß eine Asphaltierung, wenn Hochwasser kommen und das Wasser nur ca. 1/2 m über dieser Decke liegen sollte, dadurch zerstört werden würde. Ich weiß nicht, ob der Gemeinde bekannt ist, daß von einem Fachreferenten da eine Warnung ausgesprochen wurde. In dieser Angelegenheit möchte ich eine Anfrage stellen, da sie in der Bevölkerung diskutiert wird.

Eine weitere Anfrage hätte ich zum Kapitel Sport.

Der Sport, vom Gesichtspunkt einer wirklichen Volksbewegung gesehen, hat nicht nur für die junge, sondern auch für die ältere Generation

eine sehr große Bedeutung. Schon an Hand eines einzigen Beispiels kann man das gut erkennbar machen. Die Mechanisierung in den Betrieben bedeutet unter den gegenwärtigen Voraussetzungen in unserem Lande durchaus keine Erleichterung der Arbeit. Sie dient ausschließlich der Produktion und der Produktionssteigerung. Dies führt zu einer sehr starken körperlichen und nervlichen Überforderung der arbeitenden Menschen. Diese Tatsache wird dadurch erhärtet, daß wir in Österreich über 300 000 Arbeitsinvalide haben. Nun ist gerade der Sport für die Hebung der Volksgesundheit und für eine gute Lebensführung von ausschlaggebender Bedeutung. Dieser Tatsache sind wir uns, das darf ich wohl mit ruhigem Gewissen sagen, in der Gemeinde ohne Unterschied der Partei bewußt, denn wir haben in den vergangenen Jahren ganz ansehnliche Beträge für den Sport und für die körperliche Erziehung unserer Jugend ausgeworfen.

Gewiß ist in dem zu beschließenden Budget ein Betrag von 2 208 000 S eingesetzt. Es ist aber doch eine Kürzung gegenüber dem Voranschlag von 1961 von 205 900 Schilling.

Die Sportvereine fordern seit Jahren die Befreiung von der sogenannten Lustbarkeitsabgabe. Diese Abgabe bedeutet besonders für die kleineren Amateurvereine eine ungeheure Belastung und jeder der in Vereinen tätig ist, weiß, wie sehr sie mit diesem Problem zu kämpfen haben. Nun gibt es aber in Österreich schon einige Gemeinden, die von der Einhebung der Lustbarkeitsabgabe Abstand genommen haben. Ich glaube daher, daß auch der Gemeinderat der Stadt Steyr dieser Forderung der Sportvereine Rechnung tragen und von der Einhebung dieser Lustbarkeitsabgabe Abstand nehmen könnte.

Ich kann mich erinnern, daß anläßlich der Bewilligung von Mittel für

den Ausbau der Sportanlage auf der Rennbahn, wir eine Anfrage gestellt haben, nämlich, ob diese Sportanlage von allen Parteien bzw. allen Vereinen, auch wenn sie noch so klein sind, benützt werden kann. Darauf wurde geantwortet, ich glaube, es war der Herr Bürgermeister selbst, jawohl diese Sportanlage ist tatsächlich für alle Vereine zur Benützung freigegeben.

Nun berührt es uns etwas sonderbar, daß - ich glaube, es war im Herbst dieses Jahres, als der Sportverein von der Ennsleite (ASV-Bewegung), der den Sportplatz einmal benützt hat - dann von der Gemeinde eine Zuschrift erhalten hat, worin mitgeteilt wurde, daß von einer weiteren Benützung des Sportplatzes abzusehen ist. Ich glaube, dieses Schreiben deckt sich auf keinen Fall mit, ich möchte sagen, dem einstimmigen Beschluß, den wir hier betreffend der Benützung der Sportanlage gefaßt haben.

Ich glaube, daß uns Herr Bürgermeister vielleicht darüber Auskunft geben kann, wieso es zu diesem Verbot gekommen ist. Ich bin der Meinung, daß wir noch wie vor betonen müssen, daß Sportanlagen, die mit Gemeindemittel gebaut werden, auch tatsächlich für alle Vereine der Gemeinde frei zur Benützung gegeben werden müssen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Soweit Anfragen gemacht werden, würde ich vorschlagen, diese am Schluß der Debatte gemeinsam zu beantworten, weil ja vielleicht noch manche gleichartigen Fragen gestellt werden könnten.

Bitte Herr Gemeinderat Watzenböck!

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Wie im großen Parlament in Wien, so ist auch hier im kleinen Rahmen des Stadtparlaments der jährliche Voranschlag Anlaß zur Abgabe von Stellungnahmen der verschiedenen Fraktionen, nicht nur das Vorbringen von Wünschen, sondern vorallem von grundsätzlichen Stellungnahmen. Sicherlich wird das nicht in einer so stürmischen Atmosphäre stattfinden, wie wir es vor einigen Tagen von Wien gehört haben.

Was wäre grundsätzlich zum Voranschlag zu sagen? Ein größerer Rahmen würde die Schaffung neuer Einnahmen erfordern, bei einem kleinerem würden weitere dringende Aufgaben unerledigt bleiben. Es geht also im wesentlichen doch um die Verteilung der verfügbaren Mittel und um Überprüfung der einzelnen Posten nach deren größeren oder kleineren Wichtigkeit. Hier spielt zumeist alles Mögliche hinein und es ist gerade für eine kleine Fraktion ein gewisser Mut erforderlich, die Dinge nicht so zu sagen wie es gehört werden will, sondern vielleicht auch wie es nötig ist.

Wenn ich nun gleich in die Gruppe 0 - 3 eingehe, so nicht aus dem Grund, weil mir dieser Punkt vielleicht am wesentlichsten oder am wichtigsten erscheint, sondern ich mache das eben der Reihenfolge nach.

Zu Repräsentation, Ehrengeschenke und Festlichkeiten.

Sicherlich haben diese Dinge großen Wert. Was sich aber auf diesem Gebiet in Österreich zur Zeit tut, ist sicher des Guten etwas zu viel. Kann man doch kaum das Radio einstellen oder das Fernsehgerät aufdrehen, ohne am laufenden Band Ordensverleihungen, Medaillenausgaben, 10-, 15-, 50- und 100-Jahrfeiern zu sehen und zu hören. Dazu gibt es selbstverständlich ein Festessen.

Einer der gewinnbringendsten Geschäftszweige in Österreich dürfte

zur Zeit das Plaketten- und Medaillenprägen sein und das Entwerfen von Urkunden. Wir begrüßen sicherlich Zusammentreffen in etwas aufgelockerter Atmosphäre, also nicht in so amtlichem Rahmen, sondern mehr in gemütlicherem. Aber bitte möglichst nicht auf Kosten der Steuerzahler. Das soll in einem gewissen Rahmen bleiben. Es scheinen die Posten zu 60 000 und 50 000 Schilling, zusammen also 110 000 Schilling, etwas zu hoch gegriffen. Wir würden hier vorschlagen, den Rahmen etwas zu vermindern.

ZWISCHENRUF STADTRAT ENGE:

Herr Kollege geschieht nach Ihrer Meinung in Steyr auf diesem Gebiet zu viel, was Festlichkeiten anlangt?

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Bitte, es wäre hier natürlich einmal festzustellen, welche Festlichkeiten, also.....

STADTRAT FRANZ ENGE:

Ist zu viel geschehen im letzten Jahr?

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Ja, bitte was meinen Sie?

STADTRAT FRANZ ENGE:

Also bitte eine konkrete Frage. Ist an Festlichkeiten in den letzten Jahren nach Ihrer Meinung zu viel geschehen? Ist die Stadt üppig gewesen oder hat sie über das Ziel hinausgeschossen?

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Ich meine hier vorallem Festlichkeiten und Feiern im eigenen Rah-

men.

STADTRAT FRANZ ENGE:

Waren diese Ihrer Meinung nach zu viel?

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Mir kommt dieser Betrag etwas zu hoch vor.

STADTRAT FRANZ ENGE:

Nicht der Betrag, waren die Feiern zu viel?

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Es wäre manches, sagen wir in etwas einfacherem Rahmen durchzuführen gewesen.

Zur Gruppe 4 - Städtische Kindergärten und Horte.

Es ist ganz selbstverständlich, daß hier eine Verpflichtung der öffentlichen Hand vorliegt, das heißt, daß solche Einrichtungen in ausreichender Zahl erstellt werden sollen. Es ist Ihnen bekannt, daß diesbezüglich noch ein Bedarf in verschiedenen Stadtteilen besteht. Die nötigen Mittel können hier schwer aufgebracht werden, wenn die bestehenden Einrichtungen schon einen Abgang von 1,6 Millionen Schilling aufweisen, und zwar einen laufenden Abgang, von den Kosten der Errichtung nicht zu sprechen. Es ist also zu überlegen, das ist vielleicht nicht sehr populär für uns, aber wir bringen es trotzdem. Es ist uns inzwischen mitgeteilt worden, daß sich damit auch der Rechnungshof befaßt hat. Aber nicht deshalb bringen wir es, sondern weil es bekannt wurde. Es werden meines Wissens S 3,-- pro Woche eingehoben. Ich glaube, daß dieser Betrag doch etwas zu nie-

drig ist, nicht deshalb, weil wir wollen, daß jemand mehr zahlt, sondern weil man sich sagen muß, die Mittel die hier hereingeholt werden, werden ja ohnehin wieder für dieses Gebiet verwendet; zur Schaffung neuer Horte, Kindergärten und zu deren Ausgestaltung. Wie ich schon im Finanz- und Rechtsausschuß gesagt habe, so müsse man doch einsehen und zwar auch seitens der Bevölkerung, daß wöchentlichermaßen zumindest ein Betrag angebracht wäre, der einer Schachtel Zigaretten oder einem Viertel Wein entspricht und nicht S 3,--. Man muß bedenken, daß für diesen Betrag von S 3,-- die Kinder beschäftigt werden, Spiel- und Lernmaterial zur Verfügung gestellt wird, beaufsichtigt werden usw. und in bester Obhut sind. Hier glaube ich, daß man schon den Betrag überprüfen könnte, um Mittel für weitere Aufgaben frei zu bekommen.

Gruppe 5 - Sportheim und Sportplatz Münchenholz.

Auch hier ist die Förderung der körperlichen Ertüchtigung mit öffentlichen Mitteln vollständig in Ordnung. Der Abgang in diesem Posten ist auch relativ gering und beträgt S 60 000,--.

Man muß sich aber immer in Erinnerung halten, daß sowohl dieser jährliche Abgang als auch die Kosten der Schaffung dieser Anlagen bereits eine beachtliche Subvention für die einzelnen Vereine darstellen. Das muß man sich nur vor Augen halten, wenn im Laufe des Budgetjahres weitere Subventionswünsche, berechtigt oder weniger berechtigt, vorgebracht werden, das heißt, weitere Mittel aus dem Steuereinkommen verlangt werden. Ganz besonders ist zu unterscheiden zwischen der körperlichen Ertüchtigung, also dem ausübenden Sport und dem mehr oder weniger als Schausport zu bezeichnenden Teil, bei dem vielleicht ein Dutzend oder mit den Auswärtigen 2 Dutzend eine

Tätigkeit ausüben, die mit körperlicher Ertüchtigung zu bezeichnen oder darunter einzureihen ist. Nichts dagegen natürlich, aber ich bin der Ansicht, jeder soll sich sein Vergnügen selbst bezahlen. Wenn hier in diesem Zusammenhang, in diesem Saal vor einiger Zeit, vor einigen Jahren vielleicht, das Wort "panem et circences" gebraucht wurde, also Brot und Spiele, so scheint mir dieser Ausdruck heute etwas daneben zu gehen. Es ist doch bekannt, daß im Römischen Reich, von wo dieser Ausdruck stammt, die Masse der Bevölkerung aus Plebejer bestand. Diese breiten Massen erhielten ihren Lebensunterhalt, Nahrung usw. in natura. Darüber hinaus nichts. Es ist mir nicht bekannt, daß Löhne, Gehälter, Weihnachtsremunerationen usw. ausbezahlt wurden. Es war natürlich eine gewisse Selbstverständlichkeit, daß von der damaligen Reichsführung selbst auch für die Unterhaltung, für das Spiel, sehr viel getan werden mußte. Ich glaube, daß wir hier mehr Augenmerk auf die tatsächliche körperliche Ertüchtigung, also auf den wirklich ausübenden Sport, besonders der Jugend, legen sollen.

In diesem Zusammenhang zum Kapitel Jugendhilfe.

Für die Förderung der Jugend in Hinsicht auf Schule, Erholung, Sport und geistige Betreuung wird ein sehr anerkannter Betrag aufgewendet. Auf der anderen Seite macht man sich aber doch immer wieder Gedanken, daß die wesentlichen Möglichkeiten für ein energisches Hintanhalten gesundheitlicher Schädigung der Jugend, vorallem durch Alkohol und Nikotin, fehlen. Jedem von uns muß auffallen - besonders im Zusammenhang mit den Bestrebungen der körperlichen Ertüchtigung muß man eben auf dieses Gebiet sehen - daß in Lokalen, bei Veranstaltungen usw. kaum ein Bursche oder ein Mädchen zu sehen ist, die nicht rauchen wür-

den. Jeder erwachsene Mensch weiß, was das bedeutet, welche schwere Schäden dadurch entstehen und welche zusätzliche Belastung der Sozialversicherung, wenn diese heute 16 oder 18-jährigen später einmal 30 oder 35 Jahre alt sein werden, erwächst. Das sind, ich erwähne dies auch deshalb, nicht zuletzt Auswirkungen der Schmutz- und Schundfilme, in denen meist schon die erste Szene eine junge Dame zeigt, lässig rauchend auf dem Barhocker sitzend, Cocktail trinkend, möglichst die Beine auf dem Tisch. Ja so etwas reizt die Jugend besonders stark zur Nachahmung, weil man sich dabei ja so elegant vorkommt. Ich erwähne dies alles deshalb, weil ich es für sehr nötig finde, daß das eben erst beschlossene Landesjugendgesetz auch im Rahmen der Stadt schärfstens angewendet wird. In dieser Hinsicht soll keinerlei Rücksicht auf Geschäftsinteressen oder sonstiges Gewinnstreben genommen werden.

Strengste Kontrollen sollen auch in Lokalen und Kinos stattfinden. Schließlich möchte ich dem Gemeinderat noch zu überlegen geben, ob es nicht möglich wäre, eine Verbilligung der alkoholfreien Getränke durch Fortfall der Getränkesteuer für diese Art von Getränken zu erzielen. Die Stadt könnte diesbezüglich auch auf die Landesregierung einwirken.

#### Gruppe 6 - Bauwesen.

Es wird in dieser Stadt sehr viel geleistet für die Schaffung von Wohnbauten. Es werden auch große Anstrengungen gemacht, die Mieten einigermaßen tragbar zu gestalten. Wir müssen jedoch sehr darauf achten, daß die in den Wohnbauten oder im Raume dieser Wohnbauten zu schaffenden Geschäftsläden entsprechend ausgeschrieben und entsprechende Baukostenbeiträge von den Bewerbern verlangt werden. Jede einseitige Vergabung oder die Vergabung an nur eine bestimmte Gruppe wird wohl be-

merkt und schafft Anlaß zur öffentlichen Kritik, zur Kritik, die wohl vermeidbar wäre.

In Bezug auf Straßenbeleuchtung möchte unsere Fraktion vorschlagen, daß die Schwarzmayrstraße in dieses Programm einbezogen werden wolle. Diese Straße in der sich auch die Postautogaragen befinden, liegt in völliger Dunkelheit da, obwohl der Durchzugsverkehr zur ständig wachsenden Ennsleitensiedlung sehr beachtlich ist.

Gruppe 7 - öffentliche Einrichtungen - Müllabfuhr.

Herr Magistratsdirektor schmunzelt. Hiezu werden immer wieder berechtigte Beschwerden seitens der Bevölkerung vorgebracht. Ich erinnere nur an den vermeidbaren tödlichen Unfall in der Gleinker Gasse, der doch im wesentlichen dadurch entstand, daß die Mülltonnen nicht vom Hausflur abgeholt und dorthin zurückgebracht werden, sondern in engen Straßen auf die ohnehin nur cm-breiten Gehsteige abgestellt werden. Weiters tritt immer wieder dadurch ein ungueter Zustand auf, daß an Feiertagen die Müllabfuhr einfach ausfällt bzw. auch nicht mehr nachgeholt wird. Besonders in der Heizperiode führt das dazu, daß die vorhandenen Mülltonnen nicht mehr ausreichen und der Mist bis zur nächsten Abholung in Schüsseln, Kartons und ähnlichem im Hausflur herumsteht und entsprechende Gerüche in den Stiegenhäusern verbreitet. Davon abgesehen, werden bei der nächsten normalen Abfuhr diese Schachteln bei Leibe nicht mitentleert, sondern einfach stehen gelassen. Diese Zustände abzustellen, müßte die Stadtverwaltung Mittel und Wege finden.

ZWISCHENRUF STADTRAT FRANZ ENGE:

Da müssen die Beteiligten eben

eine zweimalige Müllabfuhr verlangen.

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Herr Kollege, Sie können dann am Schlusse dazu Stellung nehmen.

STADTRAT FRANZ ENGE:

Sie müssen sich zuerst die Müllabfuhrsordnung durchlesen.

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Ich kenne Sie schon. Es gibt eben Mängel, deren Abstellung Schwierigkeiten bereitet. Aber man müßte sich eben doch darüber Gedanken machen. Ich habe dies gerade in der letzten Zeit mehrfach erlebt und bin auch von den Hausparteien diesbezüglich angesprochen worden.

Gruppe 8 - Restaurant Stadtbad.

Wer an heißen Sommertagen, samstags, sonntags oder an Feiertagen schon am Vormittag ins Bad geht und die Absicht hat, in der dortigen Gaststätte das Mittagessen zu sich zu nehmen, wird zumeist nur Ärger davon haben. Es kann einem passieren, daß man Stunden zu warten hat und schließlich um 3 Uhr nachmittags verärgert verzichtet. Man wird sich auf Personalmangel berufen. Sicherlich gibt es aber auch da Abhilfe durch entsprechende Vorkehrungen. Es wird also nötig sein, ich erwähne dies auch deshalb, weil anlässlich der Finanz- und Rechtsausschußsitzung vom 12. 12. 1961 eine Erwähnung gemacht wurde und zwar seitens des Herrn Finanzreferenten, daß bezüglich des Stadtbadrestaurants die Gemeinde wahrscheinlich eingreifen müßte und zwar weil man sich dort investitionsmäßig

oder so ähnlich übernommen hätte. Ich glaube, ich habe das so richtig verstanden?

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HANS SCHANOVSKY:

Ja.

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Wenn das wirklich so ist, so wäre zuerst zu prüfen, ob das auch wirklich ausgenutzt ist. Auf Grund dieser vorgebrachten Tatsachen erscheint mir dies nicht der Fall. Jedenfalls wird die Sache zur gegebenen Zeit genauest zu überprüfen sein.

Noch zur Gruppe 8 - Schweinestall.

Zu diesem 300 000 Schilling-Schweinestall habe ich bereits in der Finanzausschußsitzung vom 12. 12. 1961 an Herrn Magistratsdirektor eine Anfrage gestellt. Es wurde mir erklärt, daß man ausreichend Abfallgut aus dem Altersheim und ev. aus der Fachschule beziehen könnte. Nun an dem volkswirtschaftlichen Nutzen eines solchen Schweinestalles haben wir ohnehin nicht gezweifelt. Die Frage ist nur und war nur, wieso diese Anlage gleich einen Betrag von S 300 000 erfordert. Wir nehmen doch nicht an, daß für jedes der 30 vorgesehenen Schweinderl ein eigenes WC vorgesehen ist. Auch Musikbox oder Fernsehen wird kaum in Betracht kommen. Schließlich sind 300 000 Schilling doch ein Betrag, mit dem eine kleine Villa gebaut wird.

ZWISCHENRUF STADTRAT BAUMANN:

Das ist zu wenig dazu!

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Vielleicht. Bitte ich lasse mich ja belehren. Dieser Betrag scheint uns jedenfalls zu hoch gegriffen.

Park- und Gartenanlagen.

Hier möchte unsere Fraktion gerne sehen, daß auch der Brucknerplatz einbezogen wird. Ich glaube, das ist schon einige Zeit am Programm. Es ist immerhin ein Fleck Steyr, der geeignet wäre, mehr oder weniger zu einem Schmuckkästchen zu werden. Wir hoffen, daß dies im Jahre 1962 verwirklicht werden kann.

Zum Schlusse noch einmal Gruppe 5 - ordentlicher und außerordentlicher Haushalt.

Wir bringen lediglich einen Vorschlag. Anlässlich der Ausschusssitzung vom 12. 12. 1961 wurde sowohl seitens des Herrn Magistratsdirektors als auch von Seiten des Herrn Kollegen Kubanek erwähnt, daß der ATSV über keinen eigenen Sportplatz verfüge. Der zuletzt inne gehabte Platz wurde als Eigentum des Allgemeinen Turnvereines diesem wieder zurückgestellt. Wir sind der Auffassung, daß der ATSV immerhin ein Verein mit beachtlicher Größe ist und glauben, daß man ihm die Möglichkeit geben sollte, sich eine eigene Sportanlage bzw. eigenen Sportplatz zu schaffen. Meine Fraktion macht daher den Vorschlag, die Rennbahngründe dem ATSV zu verkaufen oder zu verpachten, damit dieser in die Lage versetzt wird, sich dort eine Heimstätte zu schaffen, wie es seinerzeit auch der Allgemeine Turnverein getan hat und auch andere Vereine getan haben. Der Posten von S 300 000 in der Gruppe außerordentlicher Haushalt, würde sich in diesem Falle erübrigen.

Abschließend ist die bei der Erstellung dieses Voranschlages von allen Seiten geleistete Arbeit zu würdigen und kann meine Fraktion dem Voranschlag 1962 ihre Zustimmung geben; für den außerordentlichen Haushalt

unter Vorbehalt der Post 91, Zahl 55, Gruppe 5.

Möglicherweise oder sicherlich finden, wie ich gehört habe, einzelne meiner Ausführungen nicht allgemeine Zustimmung. Nichtsdestoweniger wünsche ich dem gesamten Gemeinderat, voran unserem sehr geehrten Herrn Bürgermeister namens meiner Fraktion ein frohes, unbeschwertes Fest und Glück für das Jahr 1962. Unsere besten Wünsche auch allen Gemeindebediensteten an der Spitze Herrn Magistratsdirektor. Auch den Damen und Herren der Presse wünschen wir ein schönes Fest und Erfolg im kommenden Jahr.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Bitte ist eine weitere Wortmeldung gewünscht?

Herr Kollege Moser!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:  
Sehr geehrter Gemeinderat!

Das uns vorliegende Budget für das Jahr 1962 gleicht im wesentlichen dem der vergangenen 3 Jahre. Ich sage damit nichts Neues, weil es jeder im Voranschlag gesehen und besonders auch der Herr Finanzreferent erwähnt hat.

Die Finanzpolitik Steyrs ist bekannt als eine sehr vorsichtige Politik. Wir haben deshalb immer die Genugtuung, daß wir am Ende des Jahres, auch wenn vorher Abgänge auferscheinen, zu einem ausgeglichenen Haushalt kommen. Das ist auch diesmal wieder der Fall. Schon im vorhinein scheint der ordentliche Haushalt ausgeglichen, im außerordentlichen Haushalt gibt es einen Abgang von 4,7 Millionen Schilling.

So wie in den vergangenen Jahren sind die erstellten Mittel schon jetzt fürsorglich auf die einzelnen Leistungsgruppen verteilt und im Allge-

meinen muß man sagen, daß der Finanzpolitik der Gemeinde ein Rahmen gezogen ist durch das Finanzausgleichsgesetz, welches allerdings die Gemeinde in ihrer Beweglichkeit sehr einengt und dadurch eine gewisse Einschränkung der Gemeinde-Autonomie gegeben ist. Wir dürfen dabei nicht übersehen, daß wir noch in der Zeit der Konjunktur leben, obwohl gewisse Anzeichen einer Abschwächung zu befürchten sind, besonders wenn man die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs im Zusammenhang mit der nun von der österreichischen Regierung beantragten Assoziierung mit der EWG sieht, in welcher die großen Monoporgesellschaften des Auslands, besonders Westdeutschlands, einen dominierenden Einfluß besitzen und den Ton angeben. Sie werden der österreichischen Industrie und dem Gewerbe sowie unserer gesamten Wirtschaft noch manch harte Nuß zu knacken geben. Ich verweise diesbezüglich auf verschiedene Aussprüche in der letzten Zeit, Aussprüche des Vizekanzlers Pittermann und unseres Außenministers Kreisky, sowie auf einen sehr interessanten und aufschlußreichen Artikel über die Gefahren des Anschlusses an die EWG, das heißt der Assoziierung, den die "Furche" vor einigen Wochen gebracht hat. Es wird also das wirtschaftliche Moment in der Zukunft schwieriger zu meistern sein, ganz abgesehen von dem politischen Gefahrenmoment für die Neutralität Österreichs. Diese Konjunktur, die wir jedenfalls noch zu verzeichnen haben, läßt es auch fast gewiß erscheinen, daß am Ende des kommenden Budgetjahres voraussichtlich der Abgang im außerordentlichen Haushalt ausgeglichen erscheinen wird. Der Herr Finanzreferent selbst hat ja die Hoffnung ausgesprochen, allerdings hinzugefügt, nur bei außerordentlicher Sparsamkeit. Wir wissen ja, daß eine der größten Einnahmsquellen der Gemein-

de, die Gewerbesteuer, gewissen Schwankungen unterliegt und wir nicht vor Überraschungen sicher sind. Es können Streichungen kommen, es kann aber auch wieder ein Zuschuß kommen. Auf diese Dinge vertrauend ist jedenfalls auch zum Teil das Budget aufgebaut. Das Budget im Allgemeinen ist etwas sehr bewegliches und die Formel, die unser Finanzreferent nie vergißt seinen Ausführungen anzufügen, alle vorgesehenen Vorhaben können nur nach Maßgabe der vorhandenen Mittel durchgeführt werden, diese Formel ermöglicht es dem Finanzreferenten, auch vorgesehene Vorhaben nicht durchzuführen und dadurch Einsparungen zu machen. Mittel zu ersparen, um auf alle Fälle am Ende des Jahres einen ausgeglichenen Haushalt herbeizuführen. Ob das immer glücklich ist, ist eine zweite Frage. Ich verweise beispielsweise auf das vergangene Jahr. Da wurde für das laufende Jahr der Betrag von 2 1/2 Millionen für den Anbau an das Altersheim eingesetzt. Es hat den Anschein gehabt, da dies noch in den letzten Tagen geschehen ist, als sei dies eine sehr dringliche Angelegenheit. Wir alle haben uns darüber gefreut, da wir wissen, daß die Nachfrage nach Räumen im Altersheim sehr groß ist und wir alle haben erwartet, daß dieser Anbau verwirklicht, das heißt zumindest begonnen wird. Niemand hat erwartet, daß er im laufenden Jahr fertiggestellt wird, aber daß er begonnen und damit wieder ein Stück im Hinblick auf die Altersfürsorge gesetzt wird. Wir mußten sehen, daß dies nicht geschehen ist, daß heute nach wie vor dieser Posten zwar vorhanden ist, doch ich befürchte sogar, daß nicht einmal noch ein Plan für den Anbau dieses Altersheimes vorhanden ist, das heißt obwohl man vorher vom Beginne eines Anbaues gesprochen hat, noch gar kein Plan vorhanden ist, also daß man sich ernstlich damit gar nicht beschäftigt hat. Bitte

ich verstehe, das vergangene Jahr war ein Wahljahr und man braucht immer bestimmte Zuckerl, um verschiedene Bevölkerungskreise anzusprechen. Ich möchte aber doch die Hoffnung aussprechen, daß in diesem kommenden Jahr wirklich mit dem Anbau des Altersheimes begonnen wird.

Ich habe anlässlich der letzten Budgetdebatte im Hinblick auf die Belastungen, die der Gemeinde in ihrer Finanzpolitik von Seiten des Bundes und des Landes auferlegt werden - wir haben ja auch heute vom Herrn Finanzreferenten wieder gehört, daß wir die vollen Ertragsanteile an das Land zahlen müssen - von einer Notlage der Gemeinden gesprochen und sowohl der Herr Finanzreferent als auch Herr Stadtrat Enge haben sich in ihren Ausführungen dagegen gewendet. - Sie haben erklärt, in Steyr kann man doch nicht von einer Notlage reden, wir sind eine wohlhabende Stadt. - Na, ich meine, das ist für uns alle sehr erfreulich, wenn wir sagen können, wir leben in einer wohlhabenden Stadt und hat zu dieser Wohlhabenheit sicher auch die Tätigkeit des Gemeinderates etwas beigetragen; aber wenn wir schon in einer wohlhabenden Stadt leben, dann glaube ich, müßten wir auch verschiedene Aufgaben lösen, die eine stets wachsende und wohlhabende Stadt, in der die Bevölkerung verschiedene Ansprüche hat, stellen kann. Trotz der warnenden Worte des Herrn Finanzreferenten, der darauf hinwies, daß wir sehr sparsam sein müssen, um den vorgelegten Voranschlag einhalten zu können, glaube ich, daß es für diese wachsende und wohlhabende Stadt notwendig wäre, sagen wir vielleicht, eine Art Perspektivplan zu erstellen. Wir wissen, daß es auch in Steyr vordringliche Bauten zu forcieren gäbe. Ich verweise nur auf den Kanalbau. Der Kanalbau, der eine sehr wichtige Sache für Steyr ist, wir wissen, daß in der Vergan-

genheit sehr viel daran vernachlässigt wurde, ist unserer Auffassung nach eigentlich zu wenig vorangetrieben worden. Im Zusammenhang mit der Notwendigkeit der Forcierung des Kanalbaues möchte ich auch gleich darauf hinweisen, daß es notwendig sein wird, einmal ein Schlachthaus in Steyr zu erbauen. Gerade bei niedrigem Wasserstand müssen wir sehr oft feststellen, daß an den verschiedenen Ennsufern Abfälle von Tieren usw. zu bemerken sind, was natürlich jedem hygienischen Anspruch widerspricht. Ich glaube deshalb, daß es notwendig ist, den Blick des Gemeinderates auch auf diese Dinge hinzuführen, damit er sich mit Plänen dieser Art beschäftigt. Ich glaube auch, nachdem sagen wir, die vordringlichsten Sachen, der Bau des Bades sowie der Brückenbau vollendet sind, man sich auch mit anderen Projekten beschäftigen soll und daß es beispielsweise kein Luxus wäre, wenn man sich mit der schon öfter von verschiedenen Seiten aufgezeigten Notwendigkeit der Errichtung einer Stadtbücherei, einer Stadtbibliothek beschäftigen würde. Steyr hat jetzt ja nicht einmal einen Lesesaal zu verzeichnen, in den Menschen, die bildungsbedürftig oder -hungrig sind, sich hinsetzen könnten, um Zeitungen, Zeitschriften und Bücher zu studieren. Abgesehen davon, haben wir heute nicht einmal ein repräsentables Café, in dem anständige Zeitungen und Zeitschriften aufliegen. Das ist ja wirklich ein Mangel der der wachsenden, wohlhabenden Stadt nicht entspricht. Ich glaube auch in dieser Hinsicht müßte der Stadtrat sich in Zukunft etwas mehr beschäftigen.

Das Jahr 1962 ist, wie es von den Parteien groß proklamiert wurde, das Jahr der Jugend. Ich glaube, wer so ein bißchen in die jüngere Generation der Steyrer Bevölkerung hineinhorcht, der wird öfter vernommen haben - es ist ja immer so, daß die Ansprüche steigen, wenn etwas da ist -

daß man sagt, es wäre jetzt auch schon an der Zeit, sich mit dem Bau einer Schwimmhalle zu beschäftigen. Nachdem das Bad so großen Anklang gefunden hat und dort auch olympische Wettspiele durchgeführt wurden, diskutieren die Sportler sehr lebhaft, daß man eine Schwimmhalle errichten soll, in der auch im Winter sportliche Veranstaltungen durchgeführt werden können.

Also es gäbe schon auch in Steyr Notwendigkeiten, glaube ich, die keinen Luxus darstellen würden. Ich erinnere an die vergangene Budgetdebatte in der Herr Alt-Vizebürgermeister Paulmayr in seiner witzigen Form gesagt hat: "Na, lassen wir einen Posten weg, den Posten Fremdenverkehr, sonst laufen wir wirklich Gefahr, daß einmal Fremde nach Steyr kommen und wir wissen dann nicht, wo wir sie unterbringen sollen". Ich glaube, es wäre auch kein Luxus, wenn sich Steyr mit dem Bau eines Hotels für die Unterbringung von Fremden beschäftigen würde. Vielleicht steht die Frage im Zusammenhang mit diesen Projekten damit, daß man ein Mehrzweckgebäude schafft, für Vorträge, Bibliothek usw. Das ist eine Sache der Überlegung und der Beratung. Wenn wir wirklich Anspruch erheben, ich weiß Steyr erfreut sich eines guten Rufes der Wohlhabenheit, der finanziellen Ausgeglichenheit usw., so ist es notwendig, daß wir uns auch eine weitere Perspektive stellen, die der Entwicklung der Stadt wirklich dienlich sein würde.

Ich möchte nur noch erwähnen, daß bezüglich der vorerwähnten Lesehalle wir ja seinerzeit das Hotel Nagl frei gemacht haben - die Gemeinde hat es sich etwas kosten lassen, die Mieter hinauszubringen. Ein Teil wird jetzt als Hotel weitergeführt, aber es stehen noch Räume leer, die der Gemeinde keine Einnahme bringen und auch noch keiner zweckmäßigen Verwendung zugeführt wurden. Ich glaube,

daß auch auf diesem Gebiet einmal nachgesehen werden sollte, daß auch diese Räume einer zweckmässigen Verwendung, vielleicht als Bücherei oder Lesesaal, zugeführt werden.

Das wären so einige Vorschläge, die ich machen wollte um zu zeigen, daß es ja sehr löblich und auch notwendig ist, die laufenden Dinge zu bewältigen, daß es aber einer Stadt wie Steyr auch zukommt, daß sich die Stadtväter den Kopf darüber zerbrechen, was der weiteren Entwicklung dienlich sein kann.

Wir sind uns selbstverständlich auch bewußt, daß vordringlich vor allem der Wohnbau gefördert werden muß. Das ist selbstverständlich, besonders aber sollen wir Wert darauf legen, den sozialen Wohnbau zu fördern. Teilweise wird das in Steyr ja noch gemacht, aber in sehr bescheidenem Ausmaß. Ich habe in den vergangenen Jahren einige Male das Bauamt kritisiert, bezüglich der Verbilligung des Bauens und meines Wissens nach ist es bis zum abgelaufenen Jahr - vom Bauausschuß her ist mir nichts bekannt - noch zu keinen Verbesserungsvorschlägen zwecks billigeren Bauens gekommen. Man kann nur manchmal in den Zeitungen lesen, daß im Bauamt gewissermaßen untereinander, fast möchte ich sagen ein kalter Krieg geführt wird und die Herren scheinbar zu wenig Zeit haben, sich mit wirklichen Bauprojekten und deren Verbilligung zu befassen. Als vordringlich ist selbstverständlich der Wohnbau zu bezeichnen, was aber nicht sagt, daß wir nicht auch andere Projekte ins Auge fassen sollen, wobei ich der Auffassung bin, daß es sehr notwendig wäre, daß gerade beim Bau von Wohnungen die Gemeinden, der Gemeindebund, sich an die Bundesregierung wenden müßte, um ERP-Mittel freizubekommen. Ich habe vor kurzem in der Bürgermeisterzeitung gelesen, daß eine Tagung, die im November in Innsbruck stattgefunden hat,

sich sehr eingehend mit verschiedenen dieser Probleme beschäftigt hat und meiner Ansicht nach mit Recht auch ERP-Mittel für den Wohnungsbau verlangt wurden. Erfreulicherweise wurde dort auch von 1 000 Bürgermeistern einstimmig eine EntschlieÙung gefaßt, die den Bund aufmerksam machte und dagegen protestierte, daß die Autonomie der Gemeinden immer weiter eingeengt wird.

Ich glaube, daß die Gemeinden und daß auch wir, soweit wir Einfluß im Gemeinde- oder Städtebund haben, immer wieder darauf drängen sollen, daß ERP-Mittel freigegeben werden. Wir wissen ja, daß die Frage bezüglich der Freigabe dieser Mittel sehr umstritten ist, daß sie die Handelskammer zurückhält usw., aber gerade die Gemeinden müßten und ich glaube, die 1 000 Bürgermeister sind da auch wichtig, sich auf diesem Gebiet einsetzen, um etwas herausholen zu können. Auf dem Gebiete des Wohnbaues hat die Bundesregierung ja leider vollkommen versagt. Die Versprechen, die seinerzeit im Wohnbauprogramm gegeben wurden, daß der Wohnbau von 40 000 auf 50 000 erhöht werden soll, wurden nicht eingehalten. Er ist von 40 000 auf 35 000 herabgesunken und soweit wir feststellen können, wird er im kommenden Jahr vermutlich auf 30 000 herabsinken. Umso mehr entsteht dadurch für die Gemeinden die Aufgabe nach ihren Möglichkeiten den Wohnbau zu forcieren, das sie natürlich nicht in dem Ausmaß in dem es notwendig wäre durchführen kann, wenn ihr nicht vom Bund wirklich Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Im Zusammenhang mit dem Wohnhausbau, möchte ich darauf verweisen, daß - das ist ja wahrscheinlich allgemein bekannt - nach Angaben des Sozialministeriums 70 000 Wohnungen in Österreich freistehen, obwohl der Bedarf an Wohnungen in Österreich 150 000 beträgt, das heißt, daß es notwendig wäre, wiederum ein

Wohnungsanforderungsgesetz zu schaffen, durch das die Gemeinden wesentlich entlastet würden, zum Beispiel bei Delogierungen usw. und überhaupt bei Inanspruchnahme von Wohnungen.

Auch das müßte die Gemeinde im Auge behalten und es wäre sehr zu begrüßen, wenn auch vom Steyrer Gemeinderat aus, von der Mehrheit aus, einmal ein Initiativantrag an die Bundesregierung gestellt würde, ein neues Wohnungsanforderungsgesetz einzubringen und zu beschließen. Man spricht und schreibt ja sehr viel, daß die Gemeinde die Seele des Staates ist. Na, wenn dem so ist, dann müßte der Staat mehr tun, um diese Seele zu entwickeln und sie gesund zu gestalten. Aber es ist geradezu das Gegenteil der Fall. Die Steuerpolitik des Bundes ist eine ausgesprochene Klassenpolitik auf Kosten der Arbeiterschaft und der Gemeinden. Der sozialistische Abgeordnete Dr. Miksch im Parlament hat anlässlich der Budgetdebatte die Empfänger von Lohn, Gehalt und Sozialeinkommen sowie die kleinen Gewerbetreibenden und Kaufleute als Tescheks unserer Finanz- und Steuerpolitik bezeichnet. Ich glaube, er hat recht damit. Um so unverständlicher aber ist es, daß der sozialistische Abgeordnete und alle seine Kollegen für diese Steuerpolitik gestimmt haben. Das ist der große Widerspruch der sich daraus ergibt. Die steuerliche Belastung der Arbeiterschaft ist ungleich höher als die des Kapitals, der alten und neuen Millionäre in Österreich. Die Koalitionsparteien haben sich über die Forderungen von 1 1/2 Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter hinweggesetzt, deren Forderung nach Lohnsteuersenkung und Erhöhung des Werbungskostenpauschales gegangen ist. Es gäbe eine Menge Beispiele anzuführen, die zeigen, wie ungerrecht die Besteuerung der Arbeiterschaft ist, die mit viel höheren Steuern belastet wird gegenüber den Besitzenden, denen man alle möglichen

Steuerbegünstigungen einräumt. Der Vogl aber wurde, glaube ich doch, durch das neue Ministerpensionsgesetz abgeschossen. Daß dieses Ministerpensionsgesetz auch bei der sozialistischen Arbeiterschaft helle Empörung hervorgerufen hat, beweist, daß auch die Arbeiterzeitung in einem Leitartikel sich damit beschäftigen mußte, in dem diese Ministerpension natürlich verteidigt wird. Die Argumente aber, die darin angeführt werden, stehen auf sehr schwachen Füßen. Man merkt es auch dem Schreiber dieser Zeilen an, daß er kein gutes Gewissen dabei hatte. Diese Argumente wirken absolut nicht überzeugend. Es ist ja auch, ich möchte sagen, ein Hohn auf die Renten- und Pensionsgesetze. Nehmen wir an, heute beträgt laut Arbeiterpensionsversicherungsanstalt die Durchschnittsrente des Arbeiters noch immer 880 Schilling. ....

ZWISCHENRUF STADTRAT ALFRED BAUMANN:

Hat das mit dem Budget etwas zu tun?

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Jawohl, das hat mit dem Budget etwas zu tun, weil auch diese Mittel aus Steuergeldern gegeben werden, die man ruhig den Gemeinden zur Verfügung stellen könnte. Diese Dinge sind eine Ungerechtigkeit. Es gibt keinen Arbeiter und keinen Angestellten, der nach dreijähriger Dienstzeit eine Rente oder Pension bekäme. Jeder Arbeiter, jeder Angestellte muß mindestens 15 Jahre beschäftigt sein, um Anspruch auf die Rente zu haben. Ein Minister hat nach dreijähriger Amtstätigkeit Anspruch auf 50 % seines Amtsgehaltes, der ja gerade nicht gering ist. Ich meine, das ist eine Steuerpolitik gegen die die Arbeiterschaft mit Recht protestiert. Wenn man beispielsweise bedenkt, daß ein Minister nach 3 Jahren, also wenn der Mann bei

Amtsantritt 30 Jahre alt ist, mit 33 Jahren eine lebenslängliche Pension von durchschnittlich 7 - 8 und mehr tausend Schilling bekommt, ist das eine unverständliche Sache, die um so unverständlicher ist, weil auch Arbeitervertreter, also die sozialistischen Abgeordneten, dafür gestimmt haben. Ich frage mich nur, wo blieben da die Abgeordneten der FPÖ, die sich immer als Opposition im Parlament aufspielen, die sie in Wirklichkeit ja nicht sind. Die haben auch wortlos diesem Gesetz zugestimmt. Man hat, wenn man diese ganze Veröffentlichung gelesen hat, den Eindruck gehabt, daß man am liebsten nichts darüber gesprochen hätte. Es wurde eingebracht, einstimmig beschlossen, Schluß damit, daß die Arbeiterschaft womöglich nicht allzuviel davon erfährt. Also auch die sogenannte Opposition hat hier versagt, wie sie ja sehr oft versagt und meistens versagt und hat dem zugestimmt, wahrscheinlich in der stillen Hoffnung, daß auch von ihnen einmal jemand an dieser Ministerpension teilhaben kann. Es fehlt da im Parlament wirklich eine echte Arbeiteropposition, es fehlen die Kommunisten. (Allgemeines Gelächter).

Das habe ich mir gedacht, daß einige lachen werden. Ich finde es von sozialistischen Vertrauensmännern umso trauriger, daß sie dazu lachen, wenn man über solche Dinge spricht. Frage Deine Arbeiter, Kollege Baumann, im Betrieb, was was sie zu diesen Pensionen sagen!

ZWISCHENRUF STADTRAT ALFRED BAUMANN:

Wir reden ja vom Budget und nicht von der Politik!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Ja, auch das Budget ist eine Politik, eine sehr tiefgreifende Politik. Wenn das niemand verstehen will, dann tut es mir leid.

STADTRAT ALFRED BAUMANN:  
Das wissen wir selbst.

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Es ist zu verstehen, wenn Gorbach und Pittermann am Schluß dieser Tagung gesagt haben, daß gute Arbeit geleistet wurde. Es fragt sich nur für wem, für die Arbeiterschaft nicht, für die abgeordneten Minister ja!

Wenn jemand sagt, na gut, es wurde ja auch wieder die soziale Gesetzgebung verbessert, die Rentner bekommen mehr nächstes Jahr, ja wirklich, die Mindestrentner, die Bezieher von 680 Schilling im Monat, bekommen 40 Schilling im Jänner, im Juni sogar wieder 30 Schilling. Na, erröten da die Abgeordneten nicht, wenn sie das mit den Ministerpensionen vergleichen? Noch immer müssen wir, wie schon Jahr für Jahr hindurch, darauf aufmerksam machen, daß immer noch Gemeindebefürsorgte, na jetzt haben sie ja schon ein paar Schilling mehr.....

ZWISCHENRUF STADTRAT ENGE:

Aber auch der Fischer, Koplenik und andere beziehen Pensionen, rede auch von denen!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Ja, aber sie haben es nicht beschlossen. Beschlossen haben es auch..... (Erregte, unverständliche Zwischenrufe).

Moment, damit kannst Du mir nicht imponieren, Kollege Enge. Es gibt bekanntlich eine Klausel, die besagt, wenn irgendwo Bezüge von Abgeordneten, Mandataren usw. beschlossen werden, so ist es Pflicht derselben, sie anzunehmen. Ich könnte jetzt sagen, was sie damit machen, geht jemand Anderem nichts an. Das ist die zweite Frage. Aber es ist klar, wenn heute jemand drinnen ist, auch wenn er dagegen ist, wird er sie annehmen müssen, weil es Gesetz ist.

Ich habe das genau studiert.

ZWISCHENRUF STADTRAT FRANZ ENGE:

In dem Fall jetzt nicht. Diese Klausel ist nicht dabei, das ist ein Irrtum!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER: Enge, gerade Dir steht es nicht gut an, in diesen Dingen sich aufzuregen, weil Du auch Teilnehmer daran bist!

ZWISCHENRUF STADTRAT ALFRED BAUMANN:

Ja, wenn Du es wärst, würdest Du eh nicht reden.

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Warum regt man sich auf, wenn ich dem gegenüberstelle die niedrigen Renten von 680 Schilling, die jetzt durch eine Ausgleichszulage um 40 Schilling erhöht werden, oder unsere Gemeindebefürsorgten, die immer noch 420 Schilling bekommen und die immer noch Almosenempfänger sind? Ist es nicht höchste Zeit, da appelliere ich wieder, gerade an unsere Abgeordneten von Steyr, daß sie beim Land, wo ja diese Fürsorgerichtsätze festgestellt werden, dafür eintreten, daß diese Sätze erhöht werden auf den Mindestsatz von 680 Schilling, der ja selbst den Gesetzgebern noch zu niedrig erscheint, sonst würden sie ja nicht die Ausgleichszulage um S 40 erhöhen. Der Staat hat die Mittel dazu. Wir haben in den vergangenen Jahren wiederholt Vorschläge diesbezüglich unterbreitet. Es gäbe die vom Finanzminister wiederholt festgestellte Steuerschuld die in die Millionen geht, einzutreiben, man könnte das Militäretat kürzen, man könnte die Bewertungsfreiheit der Privatunternehmen - und Kollege Enge, da brauchst Du Dich gar nicht darüber aufregen.

ZWISCHENRUF STADTRAT FRANZ

ENGE:

Einer Meinung!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

In dem Fall wären wir in der Kammer mit der sozialistischen Fraktion einig, daß diese Dinge Milliarden an Mittel erübrigen würden, die man den Rentnern oder auch den Gemeinden für den Wohnbau zusprechen könnte.

Ich möchte noch ein Kapitel erwähnen.

In den letzten Monaten des abgelaufenen Jahres hat sich leider die österreichische Öffentlichkeit mit wirklich sehr unangenehmen Erscheinungen beschäftigen müssen. Es sind dies die Anschläge auf die Demokratie. Wir wissen, das Denkmal Andreas Hofers ist gestürzt worden. Schüsse gegen das Parlament sind abgegeben worden, Attentate sind durchgeführt worden, Plastikbomben oder wie sie heißen, sind in verschiedenen Orten gelegt worden, der jüdische Friedhof in Innsbruck wurde geschändet. Wir sehen, jetzt wo die Nachforschungen gegen diese Übeltäter etwas intensiver geführt werden, daß man hier nationale Studentenverbindungen, Mitglieder dieser Studentenverbindungen, aber auch - ich werde auch jetzt wieder auf Widerstand stoßen - Brutstätten des Nazismus in den Allgemeinen Turnvereinen entdeckt hat.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT KARL GHERBETZ:

Es wäre besser jetzt zu schweigen, Gemeinderat Moser, glaube ich.

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Wenn vorher gesprochen wurde von Körperkultur und Sport betreiben, wir begrüßen das und ich stehe auch nicht an zu erklären und weiß ganz genau, daß in den Allgemeinen Turnvereinen sehr viel für körperliche Erziehung getan wird.

Ich erkläre aber jetzt, daß, wenn

wir für das Budget stimmen werden, wir für die Subventionen an den Allgemeinen Turnverein nicht stimmen, solange nicht, bis sie wirklich zu österreichischen Turnvereinen geworden sind. Es gibt Beweise dafür welcher Geist in diesen Turnvereinen herrscht - dazu braucht man nur die Turnerzeitung lesen, deren Inhalt in den vergangenen Jahren dazu geführt hat, daß die niederösterreichischen Vereine des ATSV sogar geklagt haben. Es mögen Hunderte Turner vielleicht mit dem Gedanken bei Euch sein, hier nur die Körperpflege durchzuführen und daran teilzunehmen, der Geist aber, der in diesen Turnvereinen gepflegt wird, ist gegen das Österreichertum, ist schädlichster großdeutscher nationalsozialistischer Geist. Solange der vorherrscht, sind wir der Meinung.... (Unverständlicher Zwischenruf von Gemeinderat Karl Gherbetz), daß die Gemeinde solche Vereine nicht zu subventionieren hat. Sonst, bitte, ist dies eine andere Frage.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Da müssen Spione drinnen sein.

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Wir geben also die Zustimmung zu diesem Budget, weil es wiederum ein wohl überlegtes, ein wohl ausgewogenes ist, wobei wir erwarten, daß die versprochenen Vorhaben auch ohne der etwas übertriebenen Vorsicht des Herrn Finanzreferenten wirklich durchgeführt werden, wobei wir besonders den Anbau des Altersheimes im Auge haben, aber auch die von meinem Freund Schmidberger vorgebrachten Forderungen, die, so wie wir damals geschrieben haben, das Leben unserer Gemeindebewohner erleichtern sollen. Bessere Verbindungen von Autobussen, Telefonanschlüsse, Apotheken usw., das sind Wünsche, die schon lange in der Bevölkerung der Ennsleite und Klein

aber Mein usw. besprochen werden. Diese Wünsche sollten Berücksichtigung finden.

Unsere Zustimmung gilt natürlich nicht dem Polizeietat, da wir nach wie vor auf dem Standpunkt stehen, jede Körperschaft hat sich ihre Beamten und Angestellten selbst zu bezahlen.

Damit möchte ich meine Erklärungen und meine Stellungnahme zum Budget abschließen und sagen, daß wir auch erwarten, daß - wir haben dies anlässlich der Zusendung des Voranschlagsentwurfes in einem Schreiben festgelegt - der Anbau des Altersheimes tatsächlich begonnen wird und daß wir der Meinung sind, daß noch Kinderhorte im Stadtgebiet und am Tabor errichtet werden sollen. Wenn heute, es ist gleichgültig von wem, mit Recht vorgebracht wurde, daß es nach wie vor gilt, Schmutz und Schund und die Verderblichkeit der Jugend zu bekämpfen, so glaube ich, sind Kinderhorte, wenn sie errichtet werden, die geeignete Stätte in der Kinder unter Aufsicht ihrer Lehrpersonen nicht nur die Schulaufgaben machen, sondern auch ihre Freizeit entsprechend gestalten können.

Es freut uns, daß einige Anträge, die von uns gestellt wurden, im Budget Berücksichtigung fanden, so zum Beispiel beim Straßenbau, für den heuer ein größeres Etat vorgesehen wurde, ebenso für die Bedürfnisanstalten, die am Friedhof besonders notwendig wären. Auch von Münichholzbewohnern wurde geklagt, daß der neu errichtete Markt, ich glaube in der Sebekstraße, keine solchen Anstalten aufweist.

Wir erwarten also, daß diese Dinge tatsächlich durchgeführt werden und ich erkläre, daß wir dem Budget, sowohl dem ordentlichen als auch dem außerordentlichen Haushalt unsere Zustimmung geben.

**BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:**

Wer wünscht als nächster das Wort? Bitte Herr Städt rat Schachinger!

**STADTRAT EMIL SCHACHINGER:**  
Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Vor mehr als einer Woche hatten wir uns hier in diesem feierlichen Saal versammelt, um unseren verehrten Herrn Bundespräsidenten die Ehrenbürgerschaft der Stadt Steyr zu verleihen. Der Herr Bundespräsident und der Herr Bürgermeister haben in ihren Ausführungen auf die große Bedeutung der Stadt Steyr in der Vergangenheit in politischer und wirtschaftlicher Beziehung hingewiesen. Sie haben davon gesprochen, daß es das Gewerbe war, das das Ansehen dieser Stadt zu höchster Blüte gebracht hat. Es wurde Josef Werndl erwähnt, dessen großes Werk aus kleinen Anfängen entstand.

Es wäre zu wenig, meine Damen und Herren, das Gewerbe nur wegen der Tradition zu erwähnen, sondern ich glaube, es muß auch unsere Aufgabe sein, als Vertreter der gewerblichen Wirtschaft in diesem Kreis, das Gewerbe auch zu fördern und ev. auch zu schützen.

Sie wissen, daß wir seinerzeit in Steyr einen wunderbaren Ausstellungsplatz hatten und auch eine Ausstellungshalle. Schon im vorigen Jahrhundert hat sich das Ausstellungswesen in Steyr sehr entwickelt. Bedauerlicherweise ist im Laufe der Zeit dieser Platz und auch das Gebäude zweckentfremdet worden und doch haben es beherzte Männer bald nach dem Krieg verstanden und auch gewagt, mit unzulänglichen Behelfsmitteln in Steyr wiederum eine Ausstellung ins Leben zu rufen. Sie können sich erinnern, die erste Ausstellung war 1948, 1951 und 1955 waren dann die nächsten. Die Ausstellungen waren sehr große Erfolge. Sie gaben dem heimi-

schen Gewerbe und der Industrie die Möglichkeit, die Fortschritte zu zeigen, die sie gemacht haben, ihre wunderbaren Arbeiten und die ganze Begeisterung für das Handwerk in weite Kreise hinauszutragen. Es ist sehr schade, daß mit dem Verlust des auch unzulänglichen Ausstellungsgeländes, eigentlich die Idee, eine weitere Ausstellung in Steyr durchzuführen, weggefallen ist.

Vergessen Sie nicht, meine Damen und Herren, im Zeitalter der Automobilisierung - die Kraftfahrer werden immer mehr - noch ist für einen gewöhnlichen Ausflug nur ein gewisser Aktionsradius gesetzt - wird von diesen Leuten eine Ausstellung, sei sie noch so klein, immer mit Begeisterung aufgenommen. Es ist das Ziel eines Wochenendes oder auch Wochentagsausfluges. Es ist verfehlt zu sagen, Ausstellungen wären überlebt. Wir haben es in der unmittelbaren Umgebung von Steyr bereits erlebt, daß kleine Dörfer Ausstellungen durchgeführt haben und dabei große Erfolge erzielten. Letzten Endes ist es ja auch unsere Aufgabe, den Ruf der Stadt Steyr hinauszutragen. Ich bin aber überzeugt, daß diese Ausstellung nur dann gelingen wird, wenn nicht nur die Stadtgemeinde, das Gewerbe und der Handel mithilft, sondern es besteht vorallem auch die Notwendigkeit, daß die Industrie, die in Steyr eine so bedeutende Rolle spielt, uns unterstützt und sich hundertprozentig einsetzt.

Ein Hauptgrund, daß die letzte Ausstellung nicht mehr zustande gekommen ist, war, daß man bei den Großbetrieben nicht mehr das nötige Interesse aufgebracht hat. Und doch wäre sie ein Mittel, die Wirtschaft und das Gewerbe zu fördern.

Einen zweiten Punkt, das Gewerbe zu schützen, sehe ich darin, daß man die in letzter Zeit um sich greifende unbefugte Gewerbeausübung mit aller Schärfe des Gesetzes be-

kämpfen muß. Die unbefugte Gewerbeausübung besteht so lange, seit dem es ein Gewerbe gibt und wenn es ein Gesetz gibt, gibt es auch Gesetzesübertretungen. Das ist klar. Ihr früheres Erscheinen in der wirtschaftlichen Notzeit hätte bis zu einem gewissen Grad sogar eine Daseinsberechtigung, da soziale Momente mitspielten. Heute, meine Damen und Herren, ist dies nicht mehr der Fall. Wir erleben es ununterbrochen, daß irgend jemand fast einen Gasthausbetrieb eröffnet, ja es kommt sogar vor, daß man sich um öffentliche Aufträge bemüht, ohne über einen Gewerbeschein zu verfügen. Hier wäre es notwendig, von unbekanntem Firmen die Vorlage des Gewerbescheines bei der Offertstellung zu verlangen. Ich denke aber hier nicht nur an die private unbefugte Gewerbeausübung, sondern auch an die von öffentlichen Einrichtungen. -

Nun noch ein Drittes, meine Damen und Herren, wenn ich hier als Vertreter des Steyrer Handels sprechen darf. Vor einigen Wochen hat beim Herrn Bürgermeister eine Intervention stattgefunden, wobei der Besorgnis Ausdruck gegeben wurde, daß das herannahende Weihnachtsfest mit den üblichen Preissteigerungen in den Geschäften beginnen würde. Ich muß Ihnen ganz ehrlich sagen, auf den Großteil der Kaufmannschaft hat das eigentlich etwas komisch und fast kränkend gewirkt. Sie wissen selbst, daß die Kaufmannschaft dieser Stadt sich ihrer Aufgabe voll bewußt ist. Sie kennt die Struktur der Bevölkerung, hat in den schwersten Zeiten ihre Aufgabe voll erfüllt, steht im schärfsten Konkurrenzkampf wie nicht so bald in einer anderen Stadt und ist ständig bemüht, der arbeitenden Bevölkerung und allen Leuten dieser Stadt, alle Mittel bestens zu bieten. Wenn in der letzten Zeit Preissteigerungen vorgekommen sind, glauben Sie mir, so werden sie von der Kaufmannschaft alles eher als mit Begei-

sterung aufgenommen. Eine ruhige Entwicklung, wie wir sie bis vor 2 Jahren gehabt haben, war das, was wir alle wollten. Darum nehmen Sie, meine Damen und Herren, die Versicherung entgegen, daß auch in Zukunft die Kaufmannschaft ihre Aufgabe erfüllen wird, daß es nicht notwendig ist, sie auf irgend etwas aufmerksam zu machen, was sie gar nicht vorhat. Ich danke.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Als nächster Redner bitte ich Herrn Vizebürgermeister Hochmayr!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER JOSEF HOCHMAYR:

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir dürfen auch heuer wiederum sagen, daß unser sehr geschätzter Herr Finanzreferent das Budget, wie es auch schon bereits vom Kollegen Moser erwähnt wurde, äußerst vorsichtig erstellt hat. Auch unsere Fraktion ist der Meinung, daß es hoffentlich wieder so enden wird, wie wir das Jahr 1961 beschließen konnten, nämlich erfolgreich. Wir alle bemühen uns ja, die Wirtschaft dieser Stadt zu fördern. Sie wissen, wir haben aufgezeigt, daß durch die Abwanderung des Betriebes der Firma Brown-Boveri und durch die Abwanderung von Familien diese oder jene Einkommensquelle geschmälert wurde. Unser Bestreben war es daher, den bestmöglichen Ausgleich für Steyr zu schaffen und haben ihn in Form der Wiedererrichtung der Garnison gefunden. Ich darf Ihnen mitteilen, daß der Herr Bundesminister für Landesverteidigung am 1. Dezember 1961 in Wien die Wiedererrichtung der Garnison Steyr anbefohlen hat. Die Instandsetzungsarbeiten in der Kaserne sind so zeitgerecht durchzuführen, das haben Sie auch in den Zeitungen, durch die Anfrage des Nationalrates Mayr ausgelöst, gehört, daß sie spä-

testens bis zum Frühsommer fertiggestellt sind. Ich glaube, wir haben hiemit doch auch für Steyr etwas erreichen können und ich bin der Meinung - es möge uns keine Katastrophe beschert sein - es ist gut zu wissen, daß man Männer in Steyr hat, die bei Naturkatastrophen stets einsatzbereit sind. Wir können uns alle an die dankbare Aufgabe der Pioniere erinnern. Bitte Steyr wird keine Pionierabteilung bekommen, sondern eine Artillerieabteilung, aber die Männer werden so eine Ausbildung haben.....

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Damit Du wieder auf die Ennsleite schießen kannst.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER JOSEF HOCHMAYR:

Ich glaube, Herr Kollege, diese Bemerkung wäre überflüssig. Uns geht es ja nicht darum, daß wir schießen wollen, zu dem brauchen wir die gar nicht, aber ich kenne drüber dem eisernen Vorhang, verehrter Herr Kollege, Völker, die bis zu den Zähnen in Waffen stehen.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Aber auch im Westen!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER JOSEF HOCHMAYR:

Das macht nichts, wir sind nicht der Westen, sondern wir sind ein neutrales Land und verpflichtet, meine sehr Verehrten, unsere Neutralität zu verteidigen. Weiter möchte ich hiezu nichts gesagt haben.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Wir möchten unsere Ruhe haben!

BÜRGERMEISTER- STELLVERTRETER JOSEF HOCHMAYR:

Wir glauben daher, mit der Wie-

dereröffnung der Garnison, doch auch der Wirtschaft in Steyr einen Erfolg bringen zu können.

Zum Budget übergehend darf ich ganz bescheiden an einige Anträge erinnern, die aus dem Vorjahr noch unerledigt sind. Nach den Worten unseres geschätzten Finanzreferenten wissen wir, daß sich das nicht alles über den Daumen abwickeln läßt, aber nach und nach die Wünsche auch zum Zuge kommen.

Wenn wir gerade bei der Ennsleite sind, so möchte ich sagen, ich bin nicht nur um eine Apotheke besorgt, meine Herren, wenn 7 000 Leute oben wohnen, sondern auch darum, daß Ruhe und Ordnung herrscht. Daher wären wir der bescheidenen Meinung, daß man zur Apotheke auch das berühmte Mittel der Sicherheit hinauf verlegen möge. In der Apotheke gibt es verschiedene Dinge, aber die können nicht beruhigen, wenn ein Besoffener randaliert und alles zusammenhaut. Da braucht man die Polizei dazu. Auch wenn die Fraktion, die der Kollege Moser vertritt, gegen den Beitrag der Polizei stimmt. Sicherheit ist halt einmal notwendig.

Bitte ein weiteres Kapitel, Sie kennen es zur Genüge, ist die Schulbücheraktion. Wir kommen nicht nur deswegen nochmals darauf zu sprechen, weil auch in Linz und in Wels vor 2 Jahren die Schulbücheraktion auf die privaten Pflichtschulen ausgedehnt wurde, sondern weil dies einer unserer Anträge ist, der ja nun doch schon etwas lange auf die Erfüllung warten läßt.

Sie haben von der Besorgnis um die Kindergärten gehört. Das ist richtig, wenn wir die Kinder von der Straße wegbringen wollen, dann schimpfen wir nicht auf die Kinder, sondern tun wir weiterhin im selben Ausmaß, was wir bisher getan haben, bauen wir Spielplätze, bauen wir Kindergärten, vergessen wir aber auch nicht, meine sehr Verehrten, die Privatkin-

dergärten in entsprechendem Ausmaß zu fördern. Sie wissen, wir haben bescheidene Mittel im Ansatz. Ich bin aber überzeugt, daß sich diese bei gutem Willen doch etwas erhöhen lassen. Sie dürfen ja nicht übersehen, meine sehr Verehrten, daß diese 4 Kindergärten allein rund 600 000 Schilling der Stadtgemeinde Steyr pro Jahr ersparen. Unser bescheidener Hinweis ist daher wiederum darauf gerichtet, zumindest für die 4 Kindergärten den Betrag an Subvention zu gewähren, den ein städtischer pro Jahr erfordert. Ich glaube, das wäre ein sehr bescheidenes Begehren.

Nun zum Gesundheitssektor, meine sehr Verehrten.

Wir wissen, daß - dies ist nicht nur in Steyr und ich möchte hier nicht schwarzmalen - die Pest, der Lungenseuche und der TBC, der Lungenkrebs gefolgt ist. Wir haben vor Jahren einmal die Anregung gegeben, doch für Steyr ein Gerät anzuschaffen, damit wir feststellen können, was der Mann, die Frau oder das Kind in Steyr einzuatmen gezwungen sind. Wir möchten daran erinnern, daß dieses Luftuntersuchungsgerät im Zeichen des kommenden Zivilschutzes eine unbedingte Notwendigkeit darstellt. Der Betrag ist so bescheiden, daß er das Budget der Stadt wahrlich nicht in Unordnung bringt.

Ein besonderes Problem, das der Kollege Mosek ebenfalls angeschnitten hat, ist der Zubau zum Altersheim. Meine sehr Verehrten, ich möchte Ihnen sagen, daß wir am 7. Dezember 1961 eine Besichtigung von neu gebauten Altersheimen in Lenzing und Haid gemacht haben. Wir sind bemüht, weitere Neubauten zu besichtigen, damit wir den modernen Zubau erhalten können, der für Steyr erforderlich ist, der nicht nur die sparsamste Bauführung, sondern auch die zweckmässige Nützung des Heimes darstellt.

Und nun, meine sehr Verehrten,

darf ich Sie auf eine Besonderheit von Lenzing hinweisen. Sie wissen, man - eher wird schmunzeln, jetzt kommt sicher die Kapelle. Ganz richtig, in Lenzing, meine sehr Verehrten, ist sie, wie uns von der kommenden Leiterin und vom Bürgermeister gesagt wurde, von den Heiminsassen verlangt worden, daß sie überhaupt in das Heim einziehen. Es wurde uns gesagt, sie hätten keine Heiminsassen bekommen, Herr Kollege Baumann war ja mit dabei, wenn sie keine Kapelle gebaut hätten.

ZWISCHENRUF STADTRAT ALFRED BAUMANN:

Es stimmt wieder nicht. Sage es nicht verkehrt!  
(Allgemeines Gelächter).

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER JOSEF HOCHMAYR:

Lieber Kollege Baumann, Du bist im selben Raum gestanden, in dem uns dies gesagt wurde. Bitte auch in Haid. Was in Lenzing möglich ist, wird auch in Steyr möglich werden. Ich bin davon überzeugt. Der gute Wille ist auch hier vorhanden.

ZWISCHENRUF STADTRAT ALOIS BESENDORFER:

Aber bei uns besteht diese Gefahr nicht.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER JOSEF HOCHMAYR:

Das macht ja nichts.

ZWISCHENRUF STADTRAT ALFRED BAUMANN:

Aber wir haben ohne Kapelle 230 Vormerkungen. In Lenzing haben sie für 70 Heiminsassen Unterkunftsmöglichkeit und von diesen sind erst 30 belegt.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER JOSEF HOCHMAYR:

Das macht ja nichts. Die Kapel-

le, wir haben hier ja einen Vermittlungsvorschlag gemacht, kann ja auch neben das Gebäude kommen und zwar so, daß sie sowohl vom Anbau als auch vom Altbau besucht werden kann. Wenn, ich betone jetzt etwas, was der Herr Landeshauptmann schon in irgendeiner Form angeboten hat, das erlaube ich mir, auch für Steyr zu sagen. Wenn die Stadtgemeinde wirklich so arm sein sollte, daß es uns auf die paar Schilling für eine Kapelle ankommt, dann ist unsere Fraktion sehr gerne bereit, für diese Kapelle zu sammeln.

Nun, meine sehr Verehrten, zurück zur Altersbetreuung selbst. Wir haben im Budget auch eine Post für die Altenbetreuung, von der man sich heute noch keine richtige Vorstellung machen kann, wie sie durchzuführen sein wird, doch so gehalten werden soll, daß sie als überparteilich angesprochen werden kann.

Zur Richtsatzserhöhung pflichte ich vollkommen meinem Vorredner, Herrn Gemeinderat Moser bei. Auch wir sind bestrebt, daß der Staatsbürger zumindest das haben soll, was man unbedingt zum Leben braucht. Ich glaube, hier müßte man die Bitte an die Landesregierung herantragen, damit eine Erhöhung endlich verwirklicht werden kann. Man könnte das mit dem berühmten Index irgendwie errechnen, wie hoch der derzeitige Aufwand ist.

Zum Besuch der Kulturstätten, meine sehr Verehrten. Ja richtig, auch wir sind der Meinung, daß man Kulturstätten besichtigen soll. Wir waren daher sehr enttäuscht, als eine Zeitungsnotiz genügt hat, um die Besichtigungsfahrten zu Kunststätten, meine sehr Verehrten, abzustellen. Ich glaube, in diesem Artikel war zu lesen, daß man im Rahmen dieser Kunststättenbesuche nur Kirchen besucht. Ja, meine sehr Verehrten, Kinos hat es ja zur damaligen Zeit noch keine gegeben. Ich möchte daher schon bitten, daß diese Besichtigungs-

fahrten, oder sagen wir besser so, daß man diesen Besichtigungsfahrten keine Schwierigkeiten entgegenstellt.

Ein weiterer Punkt ist eine Erinnerungsstätte für unsere Gefallenen, meine sehr Verehrten. Wem ist es nicht Herzensbedürfnis, den Gefallenen des 2. Krieges - dies soll keine Verherrlichung des Krieges sein, meine sehr Verehrten, ich gehöre zu denen, die wahrlich sich nach keinen Krieg sehnen, aber ich glaube, den Tod dieser Leute, die auch nicht freiwillig gestorben sind, sollte man doch in Erinnerung halten und daher auch unsere Bitte, sich des Kriegerdenkmals im kommenden Jahr anzunehmen.

Unsere Vorschläge haben wir zum Teil auch schriftlich eingebracht. Es ist darin auch die Erhöhung der Subventionen für den KOV und für die Körperbehinderten vorgesehen. Ich betone noch einmal, ich habe nichts gegen den Sport, aber ich bin der bescheidenen Meinung, daß man diese beiden Verbände nicht schlechter stellen soll, als zum Beispiel Fußballvereine, die noch dazu die Möglichkeit haben, auch noch auf andere Weise zum Teil ihr Schärpfchen hereinzubringen. Man hat einmal Verpflichtungen und eine der wesentlichsten Verpflichtungen der Menschheit ist es auch, für die Kriegsoffer und für die Körperbehinderten zu sorgen.

Beiträge für Jugendhilfe.

Meine sehr Verehrten, ich habe schon auf die Kindergärten hingewiesen.

Nun aber zum Hoch- und Tiefbau, zur Gruppe 6.

Es ist nicht so, verehrter Herr Gemeinderat, daß man im Bauamt nur Zwistigkeiten sät und sich dort womöglich persönlich anficht, sondern ich glaube hier sagen zu dürfen, daß im Bauamt im abgelaufenen Jahr sogar sehr fleißig gearbeitet wurde, daß allein über 2 000 Bescheide hinausge-

gangen sind, die Kollaudierungen, Baubewilligungen, Kanalanschlüsse, Grundteilungen, Bewilligungen von Garagen, Behebung von Baugebrechen, Feuerbeschauungen, Urgenzzschreiben und Nachbeschauungen betreffen.

Ich glaube, daß wir im Rahmen des hier schon ausgesprochenen Dankes an die Magistratsbediensteten auch den Dank an unsere Baufachleute aussprechen dürfen, besonders unserem Baudirektor Wiesner, dem wir, da er derzeit im Krankenhaus liegt, von hier aus die herzlichsten Genesungswünsche übermitteln möchten.

Ich darf Ihnen weiters sagen, daß ich mich als Baureferent von dem Zustand der Straßen und der Beleuchtung überzeugt habe. Wir kennen auch die Sorgen der verehrten Damenwelt wegen der Beschädigung ihrer Bleistiftabsätze und wir wissen, daß dies nicht von den Rillen des Kleinschlages kommt, sondern von den Unebenheiten der Straßen und Sie haben ja schon aus dem Vortrag des Herrn Finanzreferenten gehört, daß wir darnach trachten, auch diese Unebenheiten zu planieren.

Eine weitere Geschichte, die teils schon Kollege Moser und teils vielleicht auch Stadtrat Schachinger angeführt haben, ist die Errichtung eines Baues, in dem man nicht nur eine Lesehalle unterbringen könnte, sondern der auch Übernachtungsmöglichkeiten bieten würde. Wir haben angeregt, eine Stadthalle für Mehrzweckverwendung zu bauen. Ich glaube, hier würde man das Gemeinsame am besten finden. Dadurch würde allen geholfen. Daß dies nicht über Nacht gemacht werden kann, ist eine Selbstverständlichkeit. Daher wäre unser bescheidener Wunsch auch nur, zumindest einmal Planungskosten im Budget einzusetzen.

Eine besondere Sorge für die Eltern sind die zum Teil fehlenden Turnsäle in den Schulen.

Eine unserer Hauptaufgaben scheint mir aber doch zu sein, daß wir es verwirklichen, daß die Verkehrserziehung der Jugend in den Lehrplan der Schulen Aufnahme findet. Wir haben hier für die Sicherheit der kommenden Generation zu sorgen.

Zum Wohnbau, der auch angeschnitten wurde, bitte ich weiß es nicht inwieweit es zutrifft, ich möchte hier nur das mir gesagte wiedergeben. Es ist von einigen Mietern angeblich Klage geführt worden, daß die Parterre-Wohnungen in den Häusern der GWG etwas kalt sein sollen. Ich glaube, daß hier vielleicht ein Holzfußboden die entsprechende wärmetechnische Isolierung bieten könnte.

Ein besonderes Kapitel sind die Bedürfnisanstalten, nicht nur am Stadtplatz, sondern auch in der Pachergasse. In Münichholz bei der Wartehalle ist dieser Wunsch bereits zum Teil erfüllt. Ich möchte Ihnen ersparen einen Brief vorzulesen, den ich von einem Herrn bekommen habe, der schreibt, daß er den Brief jederzeit dem Gemeinderat zur Verfügung stellt. Er bittet darin, darauf Rücksicht zu nehmen, daß wir Bedürfnisstätten haben, die, na sagen wir, nicht gerade salonfähig sind, was sich gerade auf den Fremdenverkehr sehr störend auswirkt. Ich darf im Hinblick auf die Zeit einen Satz herausnehmen der lautet: "Wenn ich Besuch bekomme, dem ich die Schönheiten unserer Heimatstadt zeigen möchte, bete ich immer, es möge mich niemand nach einer öffentlichen Bedürfnisanstalt fragen." Er stellt auch die Frage, ob denn die männlichen Mitglieder des Gemeinderates über diesen Zustand zu wenig Erfahrung hätten. Ich glaube, wir kennen die Sorgen und der Budgetansatz wird uns davon wahrscheinlich zum Teil befreien.

Nicht zu den Bedürfnisanstalten, meine sehr Verehrten, aber mit zu den Belangen des Sportes zählt doch

auch die Benützung der Turnsäle in öffentlichen Schulen. Wir könnten es nicht verstehen, daß der Rechnungshof eine Post beanstandete, welche die Benützung der Schulturnsäle betrifft, weil sie zu niedrig ist.

Ich habe mir erlaubt, an den Magistrat folgendes Schreiben namens meiner Fraktion zu richten:

"Zu obangeführtem Ersuchen ergeht nachstehende Stellungnahme:

Die bisher für die Benützung von Räumen, Spiel- und Sportplätzen städtischer Schulen durch außerschulische Veranstalter geübte Praxis wurde allgemein als Förderung der körperlichen Ertüchtigung angesehen. Die Beanstandung durch den Rechnungshof hat daher beträchtliches Beiräumen in den Kreisen ausgelöst, welche sich der Leibeserziehung widmen. Die Betroffenen sind der Meinung, daß man auch in Österreich die körperliche Ertüchtigung durch Leibesübungen und dergleichen nicht als luxuriösen Sport, sondern als Notwendigkeit für die Gesunderhaltung betrachten muß, die größte Förderung bedingt."

Meine sehr Verehrten, wenn ein Rechnungshof keine anderen Sorgen hat, als eine zu niedrige Post für die Benützung von Turnsälen aufzuzeigen, dann scheint mir dieses Instrument etwas mehr als kostspielig.

Nun, meine sehr Verehrten, darf ich Ihnen im Namen der Fraktion die Zustimmung zum Budget aussprechen.

Auch ich erlaube mir, Ihnen sehr verehrter Herr Bürgermeister und Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren sowie Ihren Familien namens meiner Fraktion recht frohe Weihnachten und ein recht glückliches, gesundes Neues Jahr zu wünschen. Der besondere Dank gilt auch der Beamtenschaft, an der Spitze mit Herrn Magistratsdirektor. Aber auch der Presse alles Liebe und Schöne. Sie wissen, wie

notwendig es ist, wenn man mit diesen Leuten auf Gut steht.  
(Allgemeines Gelächter).

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Herr Kollege Enge bitte!

STADTRAT FRANZ ENGE:

Werte Kolleginnen und Kollegen!

Es steht mir als Angehöriger der Mehrheitsfraktion nicht zu, Wünsche an das Budget zu stellen, weil mit Recht jeder sagen könnte, trage Deine Wünsche nicht dem Gemeinderat vor, den anderen Fraktionen, sondern trage sie und setze sie auch in der eigenen Fraktion durch.

Ich werde mich daher mit einigen anderen Dingen befassen.

Der Vortrag unseres Finanzreferenten hat erfreulicherweise gezeigt, daß unser Budget eigentlich sehr stabil ist. Wenn man den Voranschlag für das Jahr 1962 liest, der ja als Vergleich den Voranschlag für das Jahr 1961 bzw. die Rechnungslegung für das Jahr 1960 beinhaltet, dann sieht man, daß sich zwischen diesen Zahlen eigentlich wenig Verschiebungen ergeben haben. Das zeigt oder ist der Ausdruck einer stabilen Wirtschaft überhaupt in unserem Lande und im besonderen, erfreulicherweise auch in unserer Stadt Steyr. Vielleicht hat auch - das ist mir gerade so eingefallen - zu dieser Stabilität doch die Abgabenteilung, die im Finanzgesetz bzw. nach der Abgabenteilung im Finanzausgleichsgesetz festgelegt worden ist, dazu etwas beigetragen.

Ich möchte nur ganz kurz einen kleinen Rückblick halten.

Der Gemeinderat von Steyr kann sich selbst insofern loben, daß er das ganze Jahr über sehr sehr wenig spricht aber sehr viel tut. Das einzige Mal im Jahr, nämlich bei der Budget-

beratung, ergreifen die einzelnen Fraktionen das Wort um ihre Wünsche vorzubringen.

Ich weiß, die Presse ist sicherlich oft der Meinung, daß alles widerspruchslos ohne Gegensätze abgeschlossen wird. Aber die Presse, glaube ich, weiß auch sehr genau, daß die Entscheidungen in den Ausschüssen usw. fallen.

Wenn wir heute einen kleinen Rückblick machen, was wir in diesem Jahr alle mitsammen geschaffen haben, so glaube ich, daß wir - man soll nicht sagen stolz - aber immerhin froh sein können.

Es wurde heuer eine Handelsakademie geschaffen, auf einfachste Art und Weise wurde sie eröffnet, aber sie ist der Grundstein für einen Schultyp, der sich sicherlich in den nächsten Jahren ausweiten und dann bei Gelegenheit auch einmal sein neues Heim bekommen wird.

Unser großes Werk, vielleicht, das heißt sicher, unser größtes Werk, das wir alle mitsammen seit dem Jahre 1945 vollenden konnten, haben wir erst vor einigen Tagen der Öffentlichkeit übergeben, die große Brücke. Wir können alle mit Stolz auf das Jahr 1961 zurückblicken.

Aber auch einige kleine Dinge sind sehr sehr entscheidend. Wir haben heuer eine Herzenspost von mir, möchte ich fast sagen, erhöhen können. Es sind dies die Stipendien. Wir haben sie vervierfacht, das schaut schöner aus; wir haben sie von 25 000 Schilling auf die immerhin respektable Summe von 100 000 Schilling hinaufgesetzt und können damit einer Reihe von Studenten eine nicht unwesentliche Hilfe geben.

Aber noch etwas haben wir erst vor ganz kurzer Zeit einstimmig beschlossen, nämlich, daß in einem Heim in Wien, das zwar erst gebaut werden soll, 25 Betten für Studenten.

ZWISCHENRUF BÜRGERMEISTER-

STELLVERTRETER HANS SCHANOVSKY:

Dreißig!

STADTRAT FRANZ ENGE:

Jawohl dreißig Studentenheimplätze geschaffen werden, sodaß, wenn das Heim fertiggestellt sein wird, dreißig Studenten aus Steyr in Wien ein Unterkommen haben werden.

Jeder, der sich mit dieser Frage beschäftigt hat, weiß, wie schwierig es ist, junge Studierende vom Lande in Wien unterzubringen.

Wir haben alle mitsammen der Wünsche viele, jeder Einzelne könnte sie aufzählen und meine Herren Vorredner haben zumeist in sehr sachlicher und sehr netter Form die Wünsche der Bevölkerung angeführt. Ich glaube, wenn wir gemeinsam in den nächsten Jahren verschiedene Wünsche erfüllen, dann haben wir auch wiederum ein Stück Befriedigung gefunden.

Zum Wohnbau.

Der Herr Finanzreferent hat angeführt, daß für den Wohnbau 1962 20 Millionen Schilling zur Verfügung stehen werden. Mehr wäre noch schöner, sicherlich, aber wenn man bedenkt, daß diese 20 Millionen 1/5 unseres ganzen Haushaltsbudgets sind, also des ordentlichen und des außerordentlichen zusammen, so glaube ich, daß wir doch das äußerste getan haben, das wir tun konnten.

Herr Kollege Moser hat mit Recht kritisiert und - ich glaube die Kritik hat er gegenüber allen Fraktionen hinweg - mehr Mittel vom Bund zu verlangen! - Man ruft immer nach dem Anonymen leichter als in den eigenen Sack zu greifen, der vielleicht leer ist. Aber ich glaube, daß wir mit diesen 20 Millionen würdig an die Jahre vorher anschließen.

Nun möchte ich auf einige Dinge eingehen, die meine Herren Vorred-

ner angeführt haben.

Kollege Schmidberger hat mit Recht, ich stimme ihm zu, angeführt, daß die Erweiterung unseres Autobusnetzes für die Bevölkerung eine große Hilfe wäre. Er hat deziert "Klein aber Mein", besser gesagt, die Waldsiedlung angeführt, die eine bessere Verbindung zur Stadt brauchen würde.

Er hat auch angeregt, es fällt zwar nicht in mein Ressort, Kollege Huemer würde vielleicht eine bessere Antwort finden können, vielleicht tut er es noch, daß die Omnibusse von Münichholz nicht nur bis zur Johannesgasse sondern in die Stadt weitergeführt werden sollen. Dies ist, glaube ich, nicht einfach nur ein Problem der Weiterführung selbst, sondern ein rein verkehrstechnisches Problem, denn Sie wissen ja alle, daß dabei der Autobus durch die Enge durchgeschleust werden muß. Jede weitere Belastung der Enge bedeutet aber eine Verschärfung des Verkehrs in dieser schmalsten Gasse unserer Stadt.

Zum Sportplatz Rennbahn, der vom Kollegen Schmidberger und auch vom Kollegen Watzenböck angeführt worden ist, möchte ich einiges sagen und zwar ganz deutlich möchte ich das sagen. Es existiert ein einstimmiger Gemeinderatsbeschuß, wonach der Rennbahnplatz instand gesetzt und dem ATSV Steyr als Ersatz für den abgegebenen zur Verfügung stehen wird.

Bezüglich dem was puncto ASV Bewegung geschehen ist, Kollege Schmidberger, möchte ich sagen, daß der Sportplatz ja wirklich noch nicht voll spielreif ist.

Herr Kollege Watzenböck hat unter anderem angeführt, daß ihm die Festlichkeiten oder besser gesagt, der Betrag für die Festlichkeiten, etwas zu hoch erscheint. Mein Zwischenruf war sehr ernst gemeint, Herr Kollege Watzenböck, da wir auf dem Gebiete etwas heikel sind. Ich bin der

Meinung, daß wir auf diesem Gebiete wirklich nicht zu viel des Guten tun und glaube, jede Stadt hat verschiedene Festlichkeiten durchzuführen, ich erinnere an die Brückeneröffnung. Ansonsten haben wir voriges Jahr oder dieses Jahr fast keine Festlichkeiten gehabt, außer der Verabschiedung der aus unserem Kreis geschiedenen Kollegen. Es wurden auch die Festlichkeiten der vergangenen Jahre vom Rechnungshof in keiner Weise kritisiert.

#### Zur Müllabfuhr.

Dies betrifft zwar nicht mich persönlich, aber da ich der Referent auf diesem Gebiet bin, möchte ich folgendes sagen:

Es kann nicht stimmen, daß auf diesem Sektor etwas nicht in Ordnung ist. Wenn gesagt wurde, daß der Müll in Kartons, Schüsseln usw. herumsteht, so haben wahrscheinlich diese Leute zu wenig Mülltonnen angefordert, obwohl sie 2, 3, ja soviel Mülltonnen haben können, soviel sie wollen und außerdem noch die öftere Müllabfuhr verlangen können. Hier kann also meiner Meinung nach absolut keine Schwierigkeit vorhanden sein.

Kollege Moser hat angeführt, ich will zwar nicht im wesentlichen auf das eingehen, Kollege Moser, was Du über die Gemeinde gesagt hast, das kann man fast alles vertreten, das sind sachliche Kritiken, wo, glaube ich kaum, eine Differenz zwischen den Fraktionen besteht. Die anderen Dinge, die lasse ich aus dem Spiel. Sie gehören nicht hierher und sollen auch im wesentlichen keine Beantwortung finden.

Aber eines kann ich Dir doch nicht ersparen. Du hast bezüglich der EWG ausgeführt, "da wird Österreich noch etwas erleben usw." Ja, Kollege Moser, es ist nicht die Frage, EWG ja oder nein. Wir wissen ganz genau, daß, wenn ein größerer Wirt-

schaftsraum geschaffen wird, in dem Österreich bestehen muß und damit auch der größeren Konkurrenz ausgesetzt ist, das große Schwierigkeiten mit sich bringen muß. Aber ich glaube, gerade die Konsumenten müßten doch eine vergrößerte Konkurrenz begrüßen, weil sie ja letzten Endes doch dazu führt, den Lebensstandard nicht nur zu stabilisieren, sondern unter Umständen auch zu heben.

Das Altersheim selbst ist uns ja allen zu einer Herzensangelegenheit geworden und es steckt absolut kein böser Wille dahinter, daß der Anbau noch nicht so weit ist, daß die Steine schon aufeinander gelegt werden. Aber, lieber Kollege Hochmayr, eines muß ich schon sehr sehr eindeutig und klar einmal sagen: Unsere Aufgabe als Stadtgemeinde - so betrachte ich es, das ist auch meine persönliche Meinung und ich glaube, ich vertrete dabei den Großteil des Gemeinderates - ist es, den Alten würdige Unterkunftsstätten zu schaffen, daß sie im Alter ein annähernd gesichertes Leben in diesem schönen Heim verbringen können. Kapellen zu errichten, ist Aufgabe der Kirche. Dazu bekommt die Kirche vom Staate, vom Nationalrat beschlossen auch mit meiner Stimme, jährlich 100 Millionen Schilling und letzten Endes wird ja auch die Kirchensteuer eingehoben. Also ich möchte sehr klar und eindeutig sagen, hier sind 2 getrennte Aufgaben vorhanden, die doch einmal klar ausgesprochen werden müssen.

Dasselbe muß ich auch zu den Schulbüchern sagen. Ich habe eine persönliche Einstellung zu dieser Angelegenheit, und möchte dazu folgendes sagen: Die Gemeinde ist der Träger der Schule, der Schulerhalter, sagen wir es so, und als solcher, geben wir die Schulbücher denen, die diese Schulen besuchen. Der Erhalter der Privatschule ist die private Körperschaft und die kann dasselbe tun. Wir haben vor Jahren einen einstimmigen Be-

schluß gefaßt, um hier eine Überbrückung zu finden, der besagt, daß diejenigen, die finanziell nicht so gut gestellt sind, auch wenn sie Privatschulen besuchen, diese Bücher bekommen. Das ist auch bis jetzt geschehen. Aber ich sage auch das ganz offen, es sind provokatorisch Anträge um Schulbücher gestellt worden, wo bei den Eltern Einkommen von 6 000 bis 7 000 Schilling vorhanden waren. Diese haben wir selbstverständlicherweise abgelehnt, weil sie nicht im Sinne unseres Gemeinderatsbeschlusses sind.

Zum letzten Punkt, den Du angeführt hast, Kollege Hochmayr, Turnsaalbenützungsgebühr.

Dazu möchte ich nur sagen, daß diese Post der Rechnungshof fast bei jeder Kontrolle beanstandet hat und daß wir immer darüber hinweggegangen sind, weil wir, darin weiß ich mich mit den Meisten oder mit allen einig, darin eine echte Sportförderung zu sehen, wenn zu den billigsten Möglichkeiten den Turnvereinen die Benützung der Turnsäle ermöglicht wird.

Darf ich mit dieser kleinen Replik abschließen und so wie die Kollegen der anderen Fraktionen, die uns allen frohe Weihnachten und ein gutes Neues Jahr gewünscht haben, diese Wünsche im Namen der Sozialistischen Fraktion allen zurückgeben und auch alles Gute und Erfolg für das Jahr 1962 wünschen. Diesen Erfolg möchte ich allerdings insofern einschränken, daß ich den anderen Fraktionen keinen politischen Erfolg wünsche. Ich wünsche jedem echten persönlichen Erfolg und knüpfe einen Wunsch daran, der vielleicht überflüssig ist, weil die heutige Debatte wieder gezeigt hat, daß doch im Steyrer Gemeinderat eine echte Kameradschaft zwischen den verschiedenen Parteianschauungen besteht, daß dieser Zustand auch in Zukunft aufrecht bleiben möge, das ist ein Wunsch nicht nur für das Jahr 1962, sondern überhaupt für die ganze kommende

Periode, die wir alle zusammen ja hier in diesen Räumen verbringen werden.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Es liegt keine Wortmeldung mehr vor, daher bitte ich den Referenten um das Schlußwort zu seinen Anträgen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HANS SCHANOVSKY:

Sehr geehrter Gemeinderat!

Eine Reihe von Gemeinderäten haben Wünsche geäußert, die die Stadtverwaltung demnächst auch berücksichtigen soll. Ich habe Ihnen in meinem Vortrag geschildert, daß viele Wünsche berechtigt sind, aber daß sie im kommenden Jahr noch nicht berücksichtigt werden konnten. Diese Wünsche wurden alle protokolliert und sie werden der Reihe nach vom Präsidium behandelt und den Ausschüssen zugeleitet werden.

Einzelne Herren aber haben doch nur zu wenigen Budgetposten Stellung genommen. Das freut mich sehr. Sie waren ja nur von geringer Bedeutung.

Wenn Sie die Repräsentationskosten von 60 000 Schilling in einem Budgetrahmen von 100 Millionen Schilling zu hoch finden, dann weiß ich nicht, Herr Gemeinderat Watzenböck, an welchem Maß sie das messen.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Plus 50 000 Schilling.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HANS SCHANOVSKY:

Trotzdem, es sind nicht einmal 1/10 %.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Manche Posten haben kleinere

Prozentansätze.

BÜRGERMEISTER- STELLVERTRETER HANS SCHANOVSKY:

Sie haben selbst an einer Festlichkeit teilgenommen, die allein die Hälfte dieser Summe ausgemacht hat.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Ich habe nicht teilgenommen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HANS SCHANOVSKY:

Was den Schweinestall betrifft, so ist das ja nur eine Ansatzpost und es wird Ihnen ja im Laufe des Jahres noch der entsprechende Antrag zugeleitet. Ob Sie dem zustimmen werden oder nicht, ist Ihre Angelegenheit.

Herr Gemeinderat Schmidberger hat den Wunsch geäußert, den Sportvereinen die Lustbarkeitsabgabe zu erlassen, weil sie so schwer kämpfen. Herr Gemeinderat Schmidberger, das tun wir in weitgehendstem Ausmaße durch die Zuerkennung von Subventionen. Nur deswegen sind die Subventionsbeträge für die Sportvereine so hoch, weil wir ihnen mehr als die Lustbarkeitsabgabe, die sie bringen, wieder zurückstellen. Wenn wir die Lustbarkeitsabgabe durch eine Verordnung erlassen wollen, dann nehmen Sie mir eine bescheidene Einnahmsquelle weg, die ich auf der Subventionsliste wieder streichen müßte, denn es muß alles seinen Ausgleich finden.

In den anderen Fällen hat schon mein Vorredner, Herr Kollege Enge, dazu Stellung genommen. Ich habe mich nur mehr bei Ihnen für das große Verständnis, das Sie durch die sachliche Debatte bewiesen haben, zu bedanken und wir werden, die Stadtverwaltung wird es nicht versäumen,

das durchzuführen, was Sie im Gemeinderat beschließen. Das Budget soll ja nur eine finanzielle Richtlinie sein, damit wir wissen, was nehmen wir ein und was geben wir aus.

Damit, glaube ich, können wir auch mit ruhigem Gewissen und mit der Verantwortung die uns damit belastet, in das Jahr 1962 eintreten. (Allgemeiner Beifall).

**BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:**

Wir schreiten zur Abstimmung über den Antrag der die Beschlußfassung über das Budget 1962 zum Inhalt hat.

Wer von Ihnen für das Budget stimmt, möchte ich um ein Zeichen mit der Hand bitten.

Danke, Gegenprobe!

Ich stelle somit fest, daß dieser Antrag einstimmig angenommen wurde.

Wir sind damit auch am Ende unserer heutigen Tagesordnung angelangt.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Sie haben uns die besten Wünsche für das kommende Weihnachtsfest entboten, die besten Wünsche, die uns im kommenden Jahr begleiten mögen. Erlauben Sie auch mir, Ihnen diese Wünsche hier am Schluß der Sitzung zu übermitteln. Gleichzeitig auch mit der Bitte, die ja schon im Klima der heutigen Sitzung verankert war, daß wir im kommenden Jahr weiter so zusammenarbeiten mögen, daß das Wohl der Gemeinde und ihrer Bürger stets im Vordergrund aller unserer Beratungen stehen möge.

Nochmals alles Gute zu den kommenden Feiertagen.

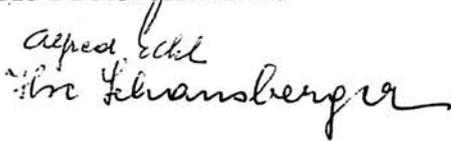
Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 18,45 Uhr.

Der Bürgermeister:



Die Protokollführer:



Die Protokollprüfer:

